



# Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 4. Juni 2025, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** Patrizia Bernasconi (BastA), Lea Wirz (Grüne), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Beda Baumgartner (SP).

## Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung ..... 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte ..... 3
3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK ..... 4
- 3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltstellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK ..... 20
4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK..... 21
5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK ..... 22



## Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2025, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.06.25 09:00:05]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Halbrunder Geburtstag

Gestern hatte der ehemalige Grossratspräsident und unser geschätztes Mitglied David Jenny einen halbrunden Geburtstag. Aus diesem Grund spendiert er uns heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich David Jenny ganz herzlich zu seinem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Spende.

### Rücktritt

Tonja Zürcher hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 9. September 2025 den Rücktritt erklärt. Wir werden Tonja Zürich an ihrer letzten Sitzung bei uns am 26. Juni gebührend verabschieden.

### Neue Interpellationen

Es sind 18 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellation Nummer 63, 65, 66, 68, 69, 70, 72, 73, 75 und 78 werden mündlich beantwortet.

Das wären meine Mitteilungen gewesen. Wir kommen damit zur

### Tagesordnung

#### Antrag auf dringliche Traktandierung

Ich beantrage Ihnen, die Traktanden 5, 6 und 7 als dringlich zu traktieren. Dies, um etwas vorzuarbeiten, damit wir an der Bündelitag-Sitzung nicht zu viele Traktanden haben. Ich schlage vor, dass wir über beide dringliche Traktandierungen gemeinsam abstimmen. Wir stimmen einzeln über die dringliche Traktandierung pro Traktandum ab. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 5.

### 2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 5, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006651, 04.06.25 09:02:37]

### Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 5

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.



Abstimmung zu Traktandum 6.

### **2/3-Abstimmung**

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 6, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006652, 04.06.25 09:03:15]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

dringliche Traktandierung von Traktandum 6

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Auch diese Traktandierung wurde stattgegeben mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 7.

### **2/3-Abstimmung**

JA heisst dringliche Traktandierung vom Traktandum 7, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006653, 04.06.25 09:03:53]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

dringliche Traktandierung von Traktandum 7.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Traktandenliste vor.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

## **2. Entgegennahme der neuen Geschäfte**

[04.06.25 09:04:17]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.



### **3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK**

[04.06.25 09:04:39, 24.1095.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die UVEK und die Regiokommission beantragen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Die UVEK hat schon länger auf den nun hier traktandierten Bericht zur Tramnetzentwicklung gewartet. Im ÖV-Gesetz ist demnach auch festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat alle zwei Jahre Bericht erstattet über den Stand der Umsetzung des Plans zum Tramstreckenausbau. Der letzte Bericht stammt vom Januar 2019. Es sind unterdessen rund viereinhalb Jahre zwischen den beiden Berichten verstrichen. Die UVEK hat, bevor der heutige Bericht und Antrag des Regierungsrats vorlag, daher auch bereits mehrfach beim BVD nachgefragt, wo der Bericht bleibt, der eigentlich alle zwei Jahre vorgelegt werden muss. In der UVEK kam aufgrund des ausbleibenden Berichts vermehrt die Befürchtung auf, dass es mit der Tramnetzentwicklung nicht vorwärtsgeht und sich der wichtige Tramstreckenausbau verzögert.

Nachdem der Bericht und Antrag im Herbst letzten Jahres dann vorlag und der UVEK am 16. Oktober überwiesen wurde, hat sich die UVEK an sechs Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Die Beratung hat sie in der alten Zusammensetzung abgeschlossen, den Bericht in der neuen Zusammensetzung in zwei Lesungen verabschiedet. Eintreten war bei einzelnen Mitgliedern umstritten, was mit der Verzögerung der Berichterstattung zusammenhing. Die UVEK ist jedoch letztlich klar auf das Geschäft eingetreten.

Zu Beginn der Beratung ist die UVEK der in der Kommission verbreiteten Befürchtung nachgegangen, dass es mit dem Tramstreckenausbau nicht vorwärts gehe und deshalb der Bericht so lange ausblieb. Ihr wurde von der Verwaltung erläutert, dass die verzögerte Berichterstattung nicht ein Indiz dafür sei. Man habe intensiv gearbeitet, Verzögerungen beim Fortschritt der Projekte seien unter anderem begründet in notwendigen Optimierungen, beispielsweise zur Begrünung. Zudem hätten auch Abhängigkeiten wie beispielsweise jene zum Fernwärmeausbau zu Verzögerungen geführt. Weitere Gründe sind dem UVEK-Bericht zu entnehmen.

Die UVEK kann es nachvollziehen, wenn Projekte optimiert werden müssen und sich daher die Projekte leicht verzögern. Sie wünscht sich aber unabhängig des Projektstands eine zweijährige Berichterstattung, wie im Gesetz festgelegt. Die regelmässige Berichterstattung dient unter anderem der Überprüfung der politischen Prioritäten und Realitäten des politischen Willens. Die UVEK erwartet demnach auch, dass dem Grossen Rat künftig wieder alle zwei Jahre ein Bericht vorgelegt wird.

Nun zur inhaltlichen Beratung. Dass das ÖV-Angebot in der wachsenden Stadt und Agglomeration ausgebaut werden muss, ist in der UVEK unumstritten. Eine deutliche Mehrheit der Kommission hält das Tram dabei für äusserst wichtig und den notwendigen Ausbau als nicht beispielsweise mit dem Bus bewältigbar. Einzelne Mitglieder der UVEK sind gegenüber einem Ausbau des Tramstreckennetzes und gegenüber dem Verkehrsmittel Tram eher skeptisch.

Während die UVEK bei der letzten Beratung des Berichts im Jahr 2019 und der Beratung zum entsprechend mitgelieferten Plans künftige Linienführungen diskutierte, hat die Kommission sich dieses Mal auf die Strecken, also die konkret neuen Schienen konzentriert und nicht auf die Tramlinien, die auf diesen Schienen künftig fahren könnten. Das Angebot, das auf dem Schienennetz verkehrt, möchte die UVEK künftig entlang des ÖV-Programms diskutieren, das dem Grossen Rat alle vier Jahre zur Genehmigung vorgelegt wird. Dort genehmigt der Grosse Rat auch direkt das Linienangebot.

Insgesamt besteht der Tramstreckenplan, den wir hier heute genehmigen wollen, aus 14 Ausbauprojekten. Die Kommission hat sich für ihre Abklärungen jedes der 14 Ausbauprojekte einzeln angeschaut. Die Ausbauprojekte sind jedoch schon länger bekannt. Sie waren auch schon im alten Plan damals von 2019 und vieles auch schon davor in der politischen Beratung. Sämtliche im Streckenplan aufgeführten Ausbauprojekte fanden in der Kommission eine deutliche Mehrheit. Für die detaillierten Stellungnahmen und Ausführungen sowie Abklärungen der einzelnen 14 Projekte verweise ich auf den Bericht der UVEK sowie die Ausführungen und Faktenblätter im Ratschlag des Regierungsrats.



Die UVEK wollte sich für die inhaltliche Beratung einen Gesamtüberblick verschaffen über den Stand des Tramstreckenausbaus. Die einzelnen Ausbauprojekte durchlaufen diverse Planungsstadien und haben unterschiedliche Zieljahre. Die UVEK-Mitglieder konnten im Ratschlag des Regierungsrats diesen Gesamtüberblick nicht genügend erkennen und daher hat die UVEK die Erstellung einer Gesamtübersicht aller Projekte mit ihrem Projektstand in einem Zeitplan verlangt. Zudem wollte die UVEK genauer wissen, welche Fortschritte mit den zuletzt gesprochenen Geldern genau bei welchen Projekten erzielt wurden und welche nächsten Schritte nun mit den neu beantragten Geldern angedacht sind.

Ihre Abklärungen mündeten in die Abbildung 2 des Berichts. Diese Abbildung war für die UVEK sehr wichtig. Dieser konnte die UVEK und nun auch der Grosse Rat entnehmen, was mit den bisher gesprochenen Geldern gemacht wurde und was als nächstes ansteht auf eine überschaubare Weise. Der Gesamtüberblick in dieser Abbildung 2 half der Kommission sodann auch die Zusammensetzung der beantragten Gelder auch besser zu verstehen. Die beantragten Gelder von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung setzen sich zusammen aus Geldern für die Gesamtkoordination, der Kommunikation, einem Update der Zweckmässigkeitsprüfung sowie mehreren Vorstudien. Die in der Abbildung aufgezeigten Vorprojektplanungen sind hingegen nicht Bestandteil der 3,4 Millionen, sondern werden über die bestehende Rahmenausgabenbewilligung finanziert. Diese steht seit Ende 2012 in der Höhe von 350 Millionen bereit, aus ihr wurden bisher jedoch erst knapp 20 Millionen verwendet.

Der Abbildung ist auch zu entnehmen, dass am Tramnetz tatsächlich gearbeitet wurde und es bald vorangehen könnte mit dem Tramnetzausbau. Ersichtlich ist in der Abbildung nämlich, dass in der aktuellen Legislatur mindestens drei Tramausbauprojekte, Margarethenverbindung, Claragraben und Petersgraben, in die politische Beratung geschickt werden sollen, allenfalls auch Tram Klybeck und letztlich auch der Abschnitt Letten, je nach Zeitplan des Kantons Baselland.

Die UVEK hat sich Gedanken über diese Ausbauwelle gemacht. Sie empfiehlt hierzu, diese einzeln in den politischen Prozess zu schicken. Der UVEK ist es ein Anliegen, die unterschiedlichen Vor- und Nachteile der Einzelprojekte fundiert abwägen zu können. Die Projekte haben jeweils unterschiedliche Funktionen und Ziele, die es zu diskutieren gibt, und stehen in einem sehr unterschiedlichen und teils auch gar nicht mal so starken Zusammenhang zueinander. Die UVEK möchte mit dieser Empfehlung vorbeugen, dass ein künstlicher Konnex zwischen den Projekten entsteht. Die Kommission ist sich bewusst, dass diese Empfehlung auch zu Anpassungen im Zeitplan führen kann. Sie möchte dazu mit auf den Weg geben, dass trotz der Staffelung der Tramnetzausbauprojekte speditiv und zügig der Tramnetzausbau weiter vorangetrieben werden soll und wir nicht lange warten wollen.

Auch wenn der Fokus der UVEK-Beratung auf den Strecken und nicht der Linienführung lag, war sich die UVEK während ihrer Beratung der Wechselwirkung zwischen den vorhandenen Schienen und den darüber geführten Linien bewusst. Sie hat sich deshalb das schon lange als Zielbild geltende Tramnetz 2030 vorstellen lassen. Das Tramnetz 2030 würde die Innenstadt von mehreren Tramlinien entlasten. Die darin vorgesehene künftige Linienführung bedingt die Erstellung von vier zusätzlichen Infrastrukturelementen. Der Effekt des Tramnetzes 2030 wäre, dass die Innenstadt von mehreren Linien entlastet werden könnte. Die Debatte, welche Linie wodurch geführt wird, hat die UVEK im Rahmen dieses Geschäfts, wie gesagt, nicht geführt, sondern verweist auf die Beratungen zum ÖV-Programm alle vier Jahre.

Für die UVEK ist jedoch klar, dass die Innenstadt vom Tramverkehr entlastet werden muss und eine deutliche Mehrheit sieht dafür die im Tramnetz 2030 enthaltenen Infrastrukturelemente, Claragraben, Petersgraben und Margarethenverbindung, für richtig und wichtig für dieses Ziel. Zusätzlich wäre für eine grosse Mehrheit in der UVEK die Tramstrecke 30 insgesamt mit dem Abschnitt Grossbasel und Kleinbasel vermutlich der allergrösste Schritt zur Entlastung der Innenstadt. Mit dieser neuen Schienenverlegung auf der Verbindung, wo heute der bereits stark ausgelastete Bus Nummer 30 fährt, würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Innenstadt entlasten und gleichzeitig auch noch zusätzliche Stadtteile an das Tramnetz anschliessen, vor allem auch in einem Bereich, wo sich sehr viel heute gerade entwickelt als Uni- und Forschungsstandort, sowie zwei Bahnhöfe verbinden.

Dem Bericht sind noch weitere Abklärungen zu entnehmen, wie beispielsweise Abklärungen mit der BVB, das Zustandekommen eines Vorstosses einer Mehrheit der UVEK-Mitglieder für eine bereits frühere Prüfung von Entlastungsmassnahmen für die Innenstadt oder weitere Abklärungen zum Ziel der neuen generellen Zweckmässigkeitsprüfung. Für die Details dazu verweise ich auf den umfassenden Bericht der UVEK.

Gestützt auf unsere Abklärungen und Diskussionen beantrage ich Ihnen im Namen der UVEK mit 9 zu 3 Stimmen schliesslich die Zustimmung zum Grossratsbeschluss über die Genehmigung des aktualisierten Plans zum Tramstreckennetz sowie die Bewilligung von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung. Die UVEK beantragt zudem mit 9 zu 3 Stimmen, die in einen Anzug umgewandelte Motion Leuthardt abzuschreiben. Die Mehrheit kam zum Schluss, dass viele der gestellten Forderungen bereits umgesetzt sind oder sich in absehbarer Umsetzung befinden.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch noch bei der Regiokommission für ihre zusätzlichen Abklärungen und den wertvollen Bericht sowie ihre Anträge, denen die UVEK nachgekommen ist. Zudem bedanke ich mich im Namen der UVEK bei der zuständigen Regierungsrätin sowie den Mitarbeitenden des BVD für die Begleitung in der Beratung und insbesondere für die



Erstellung der Abbildung 2 im Bericht, welche für die politische Beratung und Orientierung im Zeitplan und in dem Gesamtprojekt von 14 Ausbauprojekten sehr wertvoll ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als nächstes geht das Wort an den Präsidenten der Regiokommission, Niggi Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Es freut mich, Ihnen heute über die Beratung der Regiokommission zum dritten Bericht der Tramnetzentwicklung zu berichten, mit einem besonderen Augenmerk selbstverständlich auf die grenzüberschreitenden Aspekte. Damit sind selbstverständlich sowohl Kantons- wie auch Landesgrenzen gemeint.

Mit der Überweisung des Geschäfts durch den Grossen Rat an die UVEK sowie der Einladung an die Regiokommission zur Mitberichterstattung nahm diese die Beratung des Geschäfts im Dezember 2024 auf. Im Rahmen der Beratung hat die Kommission eine Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements angehört und den Austausch mit den angrenzenden Gemeinden im Baselbiet sowie in Deutschland und Frankreich gepflegt. Zudem wurde eine schriftliche Stellungnahme des Vereins Agglo Basel zu den Agglomerationsprogrammen eingeholt.

Inhaltlich beschränkt sich die Kommission, wie erwähnt, bewusst auf die grenzüberschreitenden Linien, um Doppelspurigkeiten mit dem Hauptbericht der UVEK zu vermeiden. Lassen Sie mich dazu einige zentrale Punkte herausheben:

Die Margarethenverbindung ist ein Punkt. Eine deutliche Mehrheit der Kommission begrüsst die Margarethenverbindung. Sie verbessert nicht nur die Erschliessung der Agglomeration, sondern trägt auch zur Beschleunigung des Tramverkehrs in der Innenstadt und unserer Glaubwürdigkeit gegenüber dem Agglomerationsprogramm bei. Eine Minderheit verweist hingegen auf den Volksentscheid im Kanton Basel-Landschaft und lehnt das Projekt deshalb ab.

In Bezug auf den Abschnitt der Tramlinie 8, Allschwil-Letten, sehen sowohl die Gemeinde Allschwil als auch Basel grosses Potenzial. Das Verkehrsaufkommen in der Binnerstrasse liegt bei rund 1'000 Fahrzeugen pro Stunde. Angesichts der in Planung befindlichen acht Quartierprojekte mit Wohnraum, Gewerbe und Grünflächen ist der Tramausbau aus Sicht der Kommission sinnvoll und notwendig.

Die geplante Verlängerung der Tramlinie 8+ nach Weil am Rhein auf deutschem Boden bis zum Läublinpark wird von der Kommission unterstützt. Zugesagte Bundesmitfinanzierung im Rahmen des 4. Agglomerationsprogramms von 8,3 Millionen Franken bei Gesamtkosten von 20,7 Millionen Franken ist ein erfreuliches Signal. Jedoch sind Fragen zur Beschaffung eines zusätzlichen Fahrzeugs sowie zur langfristigen Finanzierung von Betrieb und Unterhalt, insbesondere der bestehenden Gleisanlage noch offen.

Das Tram Bachgraben. Hier konnte die Vorstudie abgeschlossen werden, was die Kommission sehr begrüsst. Besonders hervorzuheben ist, dass auf Allschwiler Seite bereits Land für die Wendeschleife erworben wurde und die nötigen technischen Vorinvestitionen geleistet sind.

Der Korridor Kleinhüningen-Bahnhof Saint-Louis via Huningue. Ein visionäres Projekt ist die geplante Tramverbindung über eine neue Rheinbrücke. Diese könnte Kleinhüningen über Huningue mit dem Bahnhof Saint-Louis verbinden. Auch wenn die konkrete Umsetzung noch in weiter Ferne liegt, laufen bereits juristische Abklärungen für einen künftigen Staatsvertrag. Der Bürgermeister von Huningue unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich.

Auswirkungen auf die Agglomerationsprogramme. Die neue Praxis des Bundes beim sogenannten Umsetzungsmalus wurde angepasst. Während bei frühen Programmgenerationen eine Nichtumsetzung zu einer Kürzung der Fördermittel führte, wird ab der 5. Generation darauf verzichtet. Trotzdem ist der Stand der Umsetzung ein zentrales Kriterium für die Bewertung künftiger Generationen. Das heisst für uns, bereits bewilligte Projekte müssen nun mit höchster Priorität realisiert werden, bevor neue eingereicht werden.

Auf Basis dieser Einschätzungen hat die Regiokommission am 24. Januar mit 9 zu 3 Stimmen bei keiner Enthaltung die Zustimmung zum im Bericht publizierten Beschlussentwurf empfohlen und den Bericht verabschiedet. Die grenzüberschreitende Entwicklung des Tramnetzes ist nicht nur eine infrastrukturelle, sondern auch ein politisches Gemeinschaftsprojekt. Es verlangt Koordination, Weitblick und Verlässlichkeit über Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Die Regiokommission sieht sich hier als Brückenbauerin und wird die Umsetzung weiterhin konstruktiv begleiten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich glaube, so viel lässt sich festhalten, dass Tram bewegt, und zwar nicht nur physisch, sondern eben auch emotional. Haben wir zu wenig oder haben wir zu viel Trämli in Basel? Ist Tram das Verkehrsmittel der



Zukunft oder wird es bald ganz andere Möglichkeiten geben, sich von A nach B zu bewegen? Ganz weit in die Zukunft blicken können wir nicht, aber so viel lässt sich heute festhalten, unsere Schieneninfrastruktur in Basel ist wirklich ein Asset, wie man in der Wirtschaft sagen würde, also ein Wert, den wir nicht verspielen sollten. Trämli können in sehr kurzer Zeit viele Leute transportieren. Denken Sie an all die Grossanlässe im Sommer, die nicht funktionieren würden ohne unseren ÖV und insbesondere die Trämli, oder an die Fasnacht. Diese Menschenmengen bewältigen Sie nicht mit Bussen, auch nicht mit Velos und noch weniger mit Autos. So viel Platz für Parkplätze haben wir im engen Stadtraum nicht. Nur zu Fuss unterwegs sein ist noch klima- und flächenschonender als das Tram und die S-Bahn. Deshalb, es mag sein, dass neue Technologien hinzukommen, die unsere Mobilität ergänzen, aber für den Transport von vielen Menschen im dichten städtischen Raum ist das Tram weiterhin ein sicherer Wert. Auch andere Städte setzen wieder vermehrt auf Schieneninfrastruktur, und zwar konkret auch Trams.

Angesichts dessen, dass der Rheintunnel abgelehnt wurde und sich beim Bahnausbau längere Zeithorizonte abzeichnen, ist es umso wichtiger, dass wir ins Tramnetz investieren, und zwar nicht ein blinder Ausbau, sondern das gezielte Schliessen von kleinen Lücken und so das Netz verbessern, die Wege verkürzen und den Innenstadtkorridor entlasten. Ich glaube, etwas, was sich viele hier drin und viele draussen auch wünschen und das ist beispielsweise mit der Margarethenverbindung der Fall. Dies ist auch wichtig angesichts der Wachstumsprognosen. Wir werden in den Dreissigerjahren einen starken Zuwachs an Wohnungen und an Arbeitsplätzen sehen, dies aufgrund der Arealentwicklungen, und das lässt sich mit dem heutigen Verkehrssystem nur bedingt bewältigen. Wir müssen jetzt wirklich in die Infrastruktur von morgen investieren, damit wir weiterhin Platz haben für Nutzungen wie die Boulevardgastronomie, wie Bäume, wie Fahrradwege. Und wenn wir den ÖV nicht gezielt ausbauen, riskieren wir die Zunahme des Autoverkehrs.

Parallel dazu heisst es, dran bleiben am S-Bahnausbau. Erlauben Sie mir noch diesen Gedanken, glauben Sie mir, in dieser Mission bin ich zurzeit fast wöchentlich in Bern und in nationalen Gremien unterwegs und der S-Bahnausbau und das Tramnetz sind natürlich aufeinander abgestimmt. Sie konkurrenzieren sich nicht. Die S-Bahn bringt grosse Pendlerströme in die Stadt und das Tram dient der Feinverteilung. Es braucht beides und bei beidem braucht es einen Ausbau. Ich freue mich deshalb, dass auch Vertretende der Wirtschaft sich für die Tramnetzentwicklung aussprechen. Aus Sicht des Regierungsrats ist die gezielte Weiterentwicklung des Tramnetzes auch ganz klar eine Investition in den Wirtschaftsstandort, Stichwort auch Erreichbarkeit und Attraktivität der Innenstadt. Es ist mir absolut klar, dass die konkreten Projekte noch viel zu diskutieren geben werden. Diese Diskussion wird mit dem Tramnetz-Bericht auch nicht vorweggenommen.

Ich danke ganz herzlich der UVEK, den Mitgliedern und der Präsidentin für die detaillierte und kritische Auseinandersetzung mit dem Tramnetz-Bericht und ich freue mich über die grossmehrheitliche Unterstützung der Kommission für den Bericht und die beantragten Mittel. Ich freue mich auch über die grosse mehrheitliche Unterstützung für die Margarethenverbindung und den Claragraben, die sich dort drin abzeichnen. Wir werden diese Projekte dem Parlament natürlich zum Entscheid vorlegen, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr.

Dazu bitten wir Sie, die nötigen Mittel für die weitere Planung freizugeben und jetzt freue ich mich auf die voraussichtlich angeregte Debatte.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat sich Brigitta Gerber gemeldet.

*Brigitta Gerber (BastA):* Die Fraktion BastA freut sich, dass die Regierung uns ihren neuesten Stand über die Traumentwicklung vorlegt, wenn das auch offensichtlich etwas schwierig war, weil die Entwicklung jeweils einbezogen wurde und es jeweils vorwärtsgeht und dieses Papier sich dann sehr verzögert hat. Ich selbst war nur in den letzten beiden Sitzungen mit dabei, in den vergangenen sechs Sitzungen leider nicht und habe mich deshalb bezüglich Bericht und dessen Erarbeitung enthalten. Es ist uns wichtig, dass die Planung zügig in die Hand genommen wird, wenn wir uns auch bei gewissen Projekten durchaus eine Priorisierung wünschen und bei anderen weniger Bedarf sehen.

Wir lesen mit grossem Interesse, dass in der Vorstudie zum Tram 30, welche kurz vor Abschluss stehe, heute schon feststeht, dass die Befahrbarkeit des Heuwaage-Viadukts möglich ist. Dieses Tram scheint uns bezüglich Anbindung des Kinder-, des Frauenspitals, auch der Entlastung der Innenstadt und der Verbindung zum Badischen Bahnhof wirklich sinnig und sollte priorisiert werden. Das heisst, die Erweiterung des Tramnetzes in die Breite, nicht einfach noch mehr in diese Innenstadt reinbringen. Gerade hier, das Tram 30 scheint uns aus Kapazitätsargumenten gegenüber Bussen auch richtig und äusserst sinnvoll, dieses zu installieren. Die Kapazitäten, Regierungsrätin Esther Keller hat es gesagt, die Kapazitäten eines Trams sind wesentlich grösser und deshalb begrüssenswert. Für diesen äusserst sinnvollen Ausbau würden wir sogar noch 2 Millionen mehr auf das Projektfinanzierungs-Töpfli geben.

Ebenso begrüssen wir die Analyse und Fortschritte bei den Tramlinien Klybeck, Kleinhüningen, Bachgraben, Letten, Allschwil, Grenzacherstrasse zu Roche, dann die Margarethenverbindung, eine Verdichtung und Verbesserung der Anbindung der äusseren Quartiere. Eine weitere Verdichtung der Tramlinien in der Innenstadt sehen wir doch äusserst



skeptisch und kritisch, die zusätzlichen Verbindungen durch den Petersgraben und den Claragraben als eher sekundär. Wir würden zudem Hauptfahrradstrecken jahrelang mit Baustellen blockieren und danach durch die Schienen erschwert oder respektive gefährlicher gestalten. Wir sollten deshalb den Ausbau der Tram 30 vorantreiben, umsetzen und dann schauen, wie viele der Trams es noch durch die Innenstadt braucht, und das Vorantreiben entspricht ja auch dem Wunsch der Sachkommission, wir haben es gehört.

Die Fraktion BastA stimmt dem Bericht zu und hofft, dass es endlich vorwärtsgeht, wünscht aber eine klare Priorisierung von Tram 30 und der Aussenstrecken gegenüber einer weiteren Verdichtung des Tramnetzes in der Innenstadt. Betreffend Vorstoss Leuthardt plädieren wir für Stehenlassen, da leider die Anliegen noch nicht erfüllt sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die LDP das Wort hat Adrian Iselin.

*Adrian Iselin (LDP):* Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Mobilität Basels, wobei ich, wie Sie sehen werden, gegen eine Weichenstellung im wörtlichen Sinn bin. Der vorliegende Bericht favorisiert den klassischen Ausbau des Tramstreckennetzes. Die LDP beantragt aber eine Rückweisung, um unsere Strategie grundlegend neu zu denken und an die aktuell stattfindenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Es wird argumentiert, dass Trams flächeneffizienter und kapazitätsstärker seien als Busse. Doch moderne Mobilitätslösungen wie autonome Midibusse im Schwarmbetrieb, also kleinere selbstfahrende Busse, die sich je nach Bedarf zusammenschliessen oder aufteilen, oder Bus Rapid Transit-Systeme mit virtuellen Haltestellen, das sind Schnellbuslinien mit digital gesteuerten Haltepunkten statt fester Infrastruktur, bieten heute bereits vergleichbare Kapazitäten und das bei gleichzeitig höherer Flexibilität und geringeren Infrastrukturkosten. Diese Systeme benötigen keine Schienen, keine Oberleitungen und lassen sich dynamisch an die Nachfrage anpassen. Auch induktiv geladene E-Busse, die kabellos über im Boden verbaute Ladeeinheiten mit Strom versorgt werden, können im Minutentakt verkehren, ohne Strassenraum dauerhaft zu blockieren.

Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr bis 2037 um ein Drittel zu reduzieren, lässt sich auch mit intelligenter Verkehrssteuerung, On-Demand-Mobilität, also Verkehrsmittel, die flexibel per App gerufen werden können, statt mit fixem Fahrplan zu fahren, und digitalen Mobilitätsplattformen erreichen. Städte wie Helsinki oder Hamburg zeigen, wie autonome Fahrzeuge, Mobility as a Service, ein Konzept, bei dem verschiedene Verkehrsmittel über eine einzige App gebucht und bezahlt werden können, und verkehrlenkende KI-Systeme den Umstieg vom Auto auf den EV fördern, ohne neue Schienen zu verlegen.

Die UVEK betont die Notwendigkeit neuer Tramstrecken zur Entlastung der Innenstadt. Doch auch hier bieten sich Alternativen. Autonome Fahrzeuge können in der Zukunft flexibel umgeleitet werden. Dynamische Routenführung ermöglicht eine bedarfsgerechte Verteilung des Verkehrs. Statt starre Infrastruktur brauchen wir adaptive Systeme, die auf Baustellen, Veranstaltungen, zum Beispiel Demonstrationen oder Störungen, hochflexibel reagieren können, ohne jahrelange Bauphasen.

Darüber hinaus möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der in der Diskussion oft unterschätzt wird. Die infrastrukturelle Komplexität und Konflikanfälligkeit klassischer Tram-Projekte im dichten urbanen Raum. Der Bericht der UVEK zeigt dies eindrücklich, etwa bei der Notwendigkeit, erschütterungssensitive Werkleitungen zu verlegen, Leitungstunnel zu bauen oder Projekte, wie das Tram Bachgraben vom Bau des Zubringers Bachgraben abhängig zu machen. In einer technologieoffenen, schienenlosen Mobilitätsstrategie entstehen viele dieser Konflikte gar nicht erst. Autonome E-Busse oder induktiv geladene Fahrzeuge benötigen keine tiefgreifenden Eingriffe in den Untergrund. Sie lassen sich auf bestehender Infrastruktur betreiben, was nicht nur Bauzeit und Kosten reduziert, sondern auch die Belastung für Anwohnerinnen und Anwohner minimiert. Statt jahrelanger Baustellen mit ungewissem Ausgang könnten wir auf modulare, skalierbare Systeme setzen, diese schrittweise einführen und bei Bedarf anpassen lassen, ohne dass dabei ganze Stadtteile aufgerissen werden müssen.

Die Erschliessung neuer Areale wie klybeckplus ist wichtig, doch statt auf Jahrzehnte festgelegte Trassen zu setzen, sollten wir modulare Mobilitätslösungen nutzen. Autonome Shuttles, Mikromobilität, Mobility Hubs, zentrale Knotenpunkte, an denen verschiedene Verkehrsmittel gebündelt werden, usw. Diese lassen sich frühzeitig und flexibel in Entwicklungsgebiete integrieren und bei Bedarf anpassen. So bleibt die Stadtentwicklung agil und innovationsfähig.

Der politische Beschluss von 2012 war ein Meilenstein für die damalige Zeit, die die KI-Revolution noch nicht vorhersehen konnte. Doch seither hat sich die Welt verändert, technologisch, ökologisch und gesellschaftlich. Es ist legitim und notwendig, getroffene Entscheidungen zu hinterfragen, wenn neue Erkenntnisse und Möglichkeiten vorliegen. Eine Rückweisung bedeutet nicht Stillstand, sondern die Chance auf einen zukunftsfähigen Neustart.

Auch grenzüberschreitende Mobilität lässt sich mit interoperablen E-Bussystemen, also elektrisch betriebenen Bussen, die nahtlos über Kantons- und Landesgrenzen hinweg eingesetzt werden können, digitalen Ticketlösungen und gemeinsamen



Mobilitätsplattformen realisieren. Die Integration mit Weil am Rhein oder Saint-Louis muss nicht zwangsläufig über Trams erfolgen, sondern kann durch flexible emissionsfreie Busverbindungen und digitale Vernetzung ebenso effizient und kostengünstiger erreicht werden.

Deshalb, Frau Keller, die Schienen sind kein Asset, sie sind eine Liability. Die Mobilität der Zukunft ist nicht schienengebunden, sondern vernetzt, flexibel und technologieoffen. Lassen Sie uns den Mut haben, nicht nur in Beton und Stahl zu denken, sondern in Systemen, Daten und Innovationen. Ich bitte Sie deshalb, den Bericht zurückzuweisen und den Weg frei zu machen für eine moderne, nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilitätsstrategie für Basel.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Iselin, es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Adrian Iselin, in von Ihnen zitierten Hamburg wird die Schieneninfrastruktur massiv ausgebaut. Nennen Sie mir bitte ein einziges Beispiel für eine grosse Stadt mit einem leistungsfähigen ÖV ohne Schieneninfrastruktur.

*Adrian Iselin (LDP):* Ich habe mich für die Vorbereitung ein bisschen kundig gemacht und ein bisschen geschaut, welche Städte auf Schienen setzen und welche eben nicht auf Schienen setzen. Es gibt verschiedenste Beispiele, zum Beispiel Metz hat auch ein Tram mit Induktionsversorgung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Haben Sie das Gefühl, dass bei all dieser Tram-Romantik Ihr Votum irgendwie auf Gehör stossen würde hier drinnen?

*Adrian Iselin (LDP):* Das ist eine sehr gute Frage. Ich hoffe es schwer, aber ich bin nicht sicher.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Adrian Iselins Votum hat mich sehr gefreut. Ich bin froh, dass auch die LDP-Fraktion für Rückweisung ist, meine Fraktion beantragt Ihnen dies nämlich auch. Und zwar geht es uns ganz konkret um einige dieser Projekte, die wir in dieser Form hier ablehnen und es ist der richtige Zeitpunkt, deshalb auch das Geschäft jetzt an die Regierung zurückzuweisen.

Wir haben es gehört, in diesem Bericht der UVEK, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates geht es um konkrete Tramnetzentwicklungen in den kommenden Jahren und heute geht es darum, hier diesen Tramprojekten ein Stoppschild zu zeigen. Das erste Stoppschild betrifft den Margarethenstich. Das, meine Damen und Herren, ist, man muss es nicht anders sagen, gegenüber dem Kanton Baselland fast schon eine Frechheit, was der Regierungsrat hier aus Basel-Stadt Ihnen heute beantragt. Die Stimmbewölkerung des Kantons Baselland, die ja, das ist wohl unbestritten, in erster Linie von dieser neuen Verbindung profitieren würde, hat dieses Projekt abgelehnt.

Aus Kostengründen wird einerseits argumentiert, es ging aber weit über die Frage der Kosten hinaus. Es wurde nämlich auch abgelehnt, und das ist eine Begründung, die auch heute aus meiner Sicht noch sehr korrekt ist, weil es auf dieser Achse von Binningen in die Stadt, wenn das Tram rechts diesen Stich hinauffahren muss, zu einer Stauung kommt. Der Automobilist, der Autoverkehr wird gestaut, weil es eine Hauptstrasse ist, um am Abend aufs Land zu fahren, und dieses Problem wird weiterhin nicht gelöst, wenn wir diesen Margarethenstich nun dort bauen. Das führt zu einer massiven Stauung des Verkehrs. Es führt dazu, dass diese Achse zusätzlich belastet wird, es führt aber auch dazu, dass die Umfahrung, nämlich dann über den Kronenplatz, ein weiterer Weg ist, um aufs Land, um nach Binningen zu kommen, ebenfalls abends noch stärker wie heute, Sie wissen das, die Verhältnisse dort mit Bus Nummer 34, aber auch dem Tram Nummer 2, das ja auch schon vom Bahnhof kommt, sind heute schon relativ schwierig. Auch dort staut es sich jeden Abend, auch dort haben beispielsweise die Sanitätsfahrzeuge heute schon grosse Mühe, bei Einsätzen noch durchzukommen. Dieses Problem wird mit der neuen Auflage des Margarethenstichs nicht gelöst.

Nun hat die Regierung Basel-Stadt natürlich gewusst, dass ein solcher Margarethenstich, wenn er über Baselland finanziert werden müsste, sicher nicht mehrheitsfähig ist und hat dann in einer ganz neuartigen Form der Berechnung festgestellt, dass



ja eigentlich Basel-Stadt dafür bezahlen muss. Nun wird uns das hier so vorgelegt, damit der Kanton Baselland, damit das dortige Parlament, die Stimmbevölkerung gar nichts mehr dazu zu sagen hat, sondern es lediglich noch in der Kompetenz des Baselbieter Regierungsrates liegen kann. Das ist aus meiner Sicht undemokratisch und das ist auch gegenüber dem Baselbieter Stimmvolk äusserst respektlos.

Das Tram Margarethenstich hat aber auch für Basel-Stadt gar keine Vorteile. Es ist eine Tramlinie für das Leimental, das wird beispielsweise auch in der Stellungnahme der Handelskammer sehr klar deutlich. Man muss sich schon die Frage stellen, was das Interesse eines baselstädtischen Steuerzahlers ist, wenn Personen, die nicht in Basel-Stadt ihre Steuern bezahlen, nun rascher in die Stadt kommen können.

Wenn man dann das Argument der Entlastung der Innenstadt anbringen will beim Margarethenstich, dann muss ich sagen, auch das stimmt nicht. Die Tramlinie Nummer 17, die erwähnt wird, fährt nur zu Stosszeiten. Sie entlastet, wenn sie nicht mehr über den Marktplatz fährt, die Innenstadt nicht sonderlich stark. Diese sogenannte grüne Wand bleibt auch ohne gelben 17er weiter bestehen. Was passiert aber, die Tramlinie Nummer 17, die dann über den Bahnhof fahren will, wäre eine weitere Tramverbindung über den Bahnhof. Der Bahnhof ist heute schon von allen Seiten stark belastet mit Tramverbindungen und das wird, wenn wir den 17er ebenfalls noch über diese Route fahren lassen, eben noch viel schlimmer. Auch dort warten Sie heute. Fahren Sie einmal mit dem 8er am Morgen auf den Bahnhof vom Neubadquartier oder auch von der anderen Seite, das wird zu einer Stauung führen und das wird dazu führen, dass die Menschen noch weniger rasch am SBB aufsteigen können.

Deshalb sind wir klar gegen diesen Margarethenstich und ich bitte Sie wirklich, den Volksentscheid aus Baselland heute zu respektieren und deshalb hier auch diese Rückweisung zu unterstützen.

Aber auch die Tramprojekte 30 und dann Bachgraben scheinen uns nicht sonderlich prioritär zu sein. Hier gibt es Möglichkeiten, das hat Adrian Iselin bereits ausgeführt, auch mit anderen Verkehrsideen diese Gebiete zu erschliessen. Das Tram ist kein Instrument der Zukunft. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann sind Sie aus meiner Sicht absolut realitätsfremd. Das Tram ist teuer, es ist unflexibel, wir verbauen Millionen, wenn nicht sogar hunderte von Millionen für die Schieneninfrastruktur. Wir müssen diese Schieneninfrastruktur ständig erneuern, Sie sehen das ja auf den grossen Achsen Steinenberg, Barfüsserplatz. Alle Jahre wieder gibt es dort Infrastrukturarbeiten, das führt zu Umleitungen, das führt aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer, auch für Velofahrer zu massiven Verzögerungen. Das ist nicht mehr zukunftsgerichtet. Tramlinien sind keine zukunftsgerichtete Mobilitätsform.

Und dann zum Tram Petersgraben und Claragraben. Auch diese Verbindungen sind aus unserer Sicht absolut unnötig. Der Petersgraben mit einem Tram «aufzuwerten» ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Dort reicht die bisherige Anbindung mit dem Bus ausgezeichnet. Wenn Sie diesen Petersgraben umbauen zu einer Tramlinie, werden Sie dort behindertengerechte Tramhaltestellen bauen müssen. Wo wollen Sie diese Tramhaltestellen hinbauen, wenn Sie gleichzeitig dort eine Herbstmesse haben? Sie werden dieses Tram auch während der Herbstmesse mehrere Wochen nicht zu den Stosszeiten über den Petersgraben fahren lassen können. Der Claragraben, auch dort, wo ist das Bedürfnis für dieses Tram? Es gibt es schlicht und ergreifend nicht.

Und schauen Sie sich doch einmal diese Tramlinien an. Es ist eine Mär zu behaupten, dass das Tram flächeneffizient ist, Frau Regierungsrätin Keller. Das mag um 7:30 Uhr morgens und um 17:30 Uhr abends vielleicht für etwa 45 Minuten stimmen, aber die Wahrheit ist doch, dass die allermeisten Tramlinien in der Stadt zwischen 10 Uhr und 16 Uhr praktisch leer sind. Das ist weder flächeneffizient noch irgendwie kostengünstig, im Gegenteil. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist nicht der Ausbau des Tramnetzes, wie nun auch im Bericht der UVEK, aber auch schon von Frau Regierungsrätin Keller ausgeführt wurde. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist, dass weniger Trams durch die Innenstadt fahren. Das heisst, wir sollten zum System der Zubringer übergehen, nämlich dass Tramlinien vor der Innenstadt wenden und diejenigen, die durch die Innenstadt fahren, mit einer einzigen oder meinetwegen zwei Tramlinien durch die Innenstadt kommen.

Und Herr Cuénod, Städte wie Hamburg sind einfach nicht mit Basel vergleichbar, es ist in einem kleinen Kanton mit gerade einmal etwa 200'000 Einwohner mit einem Gebiet, das dann, wenn man das Baselland dazu rechnet, auch nicht wesentlich grösser wird, weil derjenige aus Läfelfingen wird das Tram trotzdem nicht benutzen. Es ist nicht so, dass man unbedingt von A nach B immer nur mit einem Tram gehen muss. Es ist zumutbar und es ist vermutlich für den Einzelnen sogar effizienter, wenn derjenigen, diejenigen umsteigt, um in der Innenstadt dann ein anderes Tram nehmen zu können. Das heutige System, wo wir Tramlinien haben, die, Sie sehen es ja, von Allschwil bis nach Riehen fahren müssen, von Tramlinien, die vom Neubad bis nach Deutschland fahren müssen, das ist doch nicht effizient. Auf diesen langen Routen kann etwas passieren, dieses Tram kann nicht ausweichen, ein Bus kann ausweichen.

Sie machen die Innenstadt nicht attraktiver, wenn Sie sagen, wir wollen, dass die Menschen ohne Umsteigen durch die Stadt fahren können. Der Einzelne wird schneller in die Innenstadt kommen können, der Einzelne wird schneller von A nach B kommen können, wenn er vielleicht einmal umsteigen muss und nicht alles mit der gleichen Tramnummer erledigen kann. Das ist auch ein Relikt eines Tram-Fetischismus, den ich nicht nachvollziehen kann, dass man von A nach B in einem Tram fahren muss. Das scheint mir ebenfalls, wie Herr Iselin bei anderen Punkten dieser Tramnetzentwicklung angesprochen hat, eine Idee der Vergangenheit und keine Idee der Zukunft zu sein.



Ich bitte Sie also im Namen meiner Fraktion, diese Ausgabenbewilligung heute an den Regierungsrat zurückzuweisen. Seien Sie sicher, sowohl beim Margarethenstich als auch beim Petersgraben- und dem Claragraben-Tram wird es zu Volksentscheiden kommen. Die Referenden zu diesen drei Projekten sind so gut wie sicher. Ich bin überzeugt, dass es Referenden geben wird, und ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung wie beim Erlenmatt-Tram nein sagen wird zu diesem Ausbau von Tramverbindungen, die teuer sind, die nicht nachhaltig sind und die den Tramverkehr oder den ÖV insgesamt nicht schneller machen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Joël Thüring, danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben jetzt zehn Minuten geredet und gesagt, die Technologie Tram sei nicht mehr zeitgemäss, aber Sie haben nicht gesagt, was denn die Zukunft bringen soll. Sollen das Drohnen werden?

*Joël Thüring (SVP):* Was die Zukunft bringen wird, wissen wir ja zum Glück alle nicht, aber das Tram ist nicht die Zukunft und für das, was wir in diesem Kanton an ÖV benötigen, reichen aus meiner Sicht auch ganz triviale andere Verkehrsmittel, wie beispielsweise ein Bus.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Ja, wir Grünliberalen stehen hinter diesem regierungsrätlichen Bericht. Wir möchten den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz genehmigen sowie für die weitere Planung und die so wichtige Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von 3,4 Millionen Franken bewilligen. Für uns ist klar, dass aufgrund des erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums und den erwarteten steigenden Mobilitätsbedürfnisse eine gezielte Tramentwicklung essentiell ist als Teil eines Gesamtverkehrssystems. Denn Trams können auf Strecken mit grosser Nachfrage in der Agglomeration und der Stadt als äusserst flächeneffizientes Verkehrsmittel rasch grosse Passagiermengen von A nach B befördern und sie erschliessen Entwicklungsareale besser. Und diese geplante Tramnetzentwicklung kann den Tramverkehr verflüssigen, die Innenstadt entlasten und insbesondere ein aus unserer Sicht sehr wichtiger Punkt, diese Tramnetzentwicklung erhöht die Netzflexibilität und die Netzresilienz. Das ist das, was wir brauchen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Ihr die Trams nicht mögt.

Die Handelskammer beider Basel hat erkannt, wie wichtig die Trams für alle aufgezählten Punkte sind und hat in ihrem Factsheet zu diesem Geschäft dies sehr gut argumentiert. Ein Zitat aus diesem Factsheet zur Margarethenverbindung, das jedoch aus meiner Sicht für das ganze Tramnetz gilt: Der ÖV gewinnt an Attraktivität für Pendelnde mit entsprechender Entlastungswirkung für die Strasse. Meine Damen und Herren, die Ihr Euch immer gezielt für die Flüssigkeit des motorisierten Individualverkehrs stark machen, das ist doch genau das, was Sie möchten und eine attraktivere Innenstadt, das wollen wir doch alle, auch aus unserer Sicht als Grünliberale. Die attraktivere Innenstadt und die Resilienz im Falle von Demonstrationen oder sonstigen Ereignissen erreichen wir zum Beispiel mit dem Tram Petersgraben, Tram 30 und Tram Claragraben.

Wie die Präsidentin der UVEK ausgeführt hat, haben wir in der UVEK alle geplanten Tramverbindungen einzeln unter die Lupe genommen und ja, jede Tramverbindung wird als Ratschlag wieder den politischen Prozess durchlaufen. Bewilligen wir also diesen Kredit für die weitere Planung und insbesondere die so notwendige Gesamtkoordination unseres Tramstreckennetzes.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die Fraktion SP hat das Wort Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ja, wir haben sehr lange auf diesen Bericht warten müssen und nun ist er da und wir sehen, es wurde geplant und geprüft, studiert, überarbeitet, nochmals geprüft und leider auch sehr vieles immer wieder verschoben. Und auch mit dem heutigen Beschluss nehmen wir im Wesentlichen zur Kenntnis, dass intensiv am Tramnetz 2030 gearbeitet wurde. Etwas Greifbares, auf das wir uns freuen, das wir unterstützen, über das wir streiten und das wir gegen Widerstände verteidigen könnten, liegt aber weiterhin nicht vor. Mit grossen Graubereichen lesen wir, das eine Projekt kommt vielleicht im Jahr X, das andere vielleicht im Jahr Y, vorausgesetzt eine neuerliche Überprüfung oder Einsprachen führen nicht zu weiteren Anpassungen der Zeitpläne.



Dieses vorsichtige Herantasten, das kann man gut finden oder eben nicht so. Persönlich und auch als Sprecher der SP-Fraktion würde ich mir ein beherzteres Vorgehen wünschen. Wir zweifeln dabei keinesfalls am Engagement von Regierungsrat oder Verwaltung. Die Widerstände kommen von anderswo, wie wir gerade vorher in den tramfeindlichen und utopischen Voten der LDP und der SVP gehört haben. Aber wer Menschen überzeugen will, der braucht konkrete Projekte und man braucht den Mut zur öffentlichen Debatte, zur Auseinandersetzung und auch zur Überzeugungsarbeit. Im stillen Kämmerlein kommt man irgendwann nicht mehr weiter. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit leidet sogar, etwa dann, wenn man bei Tram Claragraben ein Projekt zuerst aus dem Aggloprogramm ab und danach wieder neu anmelden muss.

Deshalb, verstehen Sie bitte meine Worte als Ermutigung, lassen Sie die Projekte vom Stapel, unsere Unterstützung haben Sie für jeden Meter Schiene, der neu gebaut werden soll. Und selbst ein mögliches Scheitern, etwa an der Urne, kann ein Schritt nach vorne sein und den Weg für neue Ideen ebnen.

Ich möchte nun noch auf zwei Projekte etwas eingehen. Zum ersten auf die Margarethenverbindung. Da kann ich es kurz machen, wir werden ja dann noch genug Zeit haben, um darüber zu diskutieren, aber die SP erwartet, dass der Ratschlag noch in diesem Jahr vorgelegt wird. Wir konnten es auch in der Zeitung lesen, es verträgt keine weiteren Verzögerungen mehr. Dem können wir uns nur anschliessen. Und ebenfalls möchte ich etwas noch zum Tram Bachgraben sagen. Aus unserer Sicht muss dieses Projekt dringend vorangetrieben werden. Dafür sind wir auch bereit, Verkehrsbehinderungen in Kauf zu nehmen, im Gegensatz zu all jenen, die den ZUBA-Tunnel als zwingende Voraussetzung fordern. Die verpasste frühzeitige Erschliessung des Bachgrabenareals mit einer Tramlinie, das zeigt sich leider auch genau an solchen Forderungen, ist ein fast nicht mehr wieder gut zu machender Fehler, denn nun fahren die Leute mit dem Auto zur Arbeit und diese Autos verstopfen die Strassen. Es wird nun einen mehrfachen Effort brauchen, um inmitten dieses Verkehrs ein Tram zu realisieren und dann die Leute auch noch dazu bringen, dieses zu benutzen. Das soll ein wichtiges Learning für andere Entwicklungsareale sein, namentlich auch für das Klybeckareal.

Die SP stand und steht stets auf der Seite derjenigen, die vorwärts machen wollen. Wir sind überzeugt vom Tram als Rückgrat unseres städtischen Nahverkehrs und vom Tramnetz 2030. Wir müssen heute die Schienen bauen, damit wir morgen die Weichen für eine nachhaltige stadtverträgliche und leistungsfähige Mobilität stellen können. Beim Anzug Leuthardt sind wir für Abschreiben, obwohl, viele Vorschläge im Vorstoss sind nachvollziehbar und sinnvoll und die Unterzeichnenden aus allen Fraktionen gaben damit auch ein Bekenntnis zum Tram Petersgraben ab. Aber es macht schlicht keinen Sinn, wenn die UVEK nun weiterhin alle zwei Jahre darüber berichten müsste, bis das Tram Petersgraben gebaut ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Zwischenfragen werden angenommen. Adrian Iselin.

*Adrian Iselin (LDP):* Wir sind mitten in einer KI-Revolution und das selbstfahrende Auto ist eine Realität. Glauben Sie wirklich, dass öffentliche Verkehrsmittel der Zukunft noch auf Schienen fahren werden?

*Jean-Luc Perret (SP):* Ja, das glaube ich. Nach meiner Einschätzung ist die KI-Revolution auch noch nicht so weit, dass die ganze Bevölkerung da einfach so problemlos mithalten kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Jean-Luc Perret, Sie haben gesagt, es braucht Mut und es braucht eine öffentliche Debatte. Meinen Sie dabei auch das «Buebetrickli» der Regierung, dass das Baselbiet nicht über das Margarethen-Tram abstimmen darf?

*Jean-Luc Perret (SP):* Zumindest wir werden die Debatte ja führen, das habe ich schon so gemeint.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Remo Gallacchi.

*Remo Gallacchi (Mitte-EVP):* Ich kann mich kurz halten, weil eigentlich schon fast alles gesagt wurde. Ich möchte nur hier erwähnen, es geht hier ein bisschen schwarz-weiss, entweder für Tram oder gegen Tram. Das möchte ich eigentlich gar nicht dafür- oder dagegenhalten, sondern es geht jetzt darum, zu planen. Wer weiss, was in fünf, was in zehn Jahren ist. Ja, wir haben Trams und das wird auch in 20 Jahren und in 30 Jahren noch so sein und wenn die Regierung jetzt planen will,



dann soll sie planen. Jetzt schon über die einzelnen Projekte zu debattieren, abzulehnen, zu befürworten, halte ich für verfrüht. Ja, man kann über den Claragraben diskutieren, aber auf Grundlage eines Ratschlags, wo dann auch die Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen kann.

Ich bin auch überzeugt, dass jeder Ratschlag, ob Bachgraben, Margarethenstich, Claragraben, Petersgraben, dass das eine Volksabstimmung geben wird und ob dann bei den jeweiligen Projekten so parteigetreu abgestimmt wird, mag ich bezweifeln. Es sind immer verschiedene Quartiere davon betroffen, die dann dafür oder dagegen sind. Lassen wir sie jetzt planen, wie gesagt, ob ein Projekt dann wirklich verwirklicht wird, wird hier nochmals diskutiert und kommt vors Volk.

Damit beende ich mein Votum. Die Mitte-EVP-Fraktion befürwortet jetzt diese Planung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Béla Bartha.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Wir haben jetzt einiges gehört über Zukunftsbilder, die scheinbar ziemlich auseinanderklaffen mit denen, die wir hier in diesem Ratschlag haben. Lassen Sie mich Folgendes dazu sagen. Wir haben jetzt hier einen Vorschlag auf dem Tisch, in dem wirklich das Ziel da ist, dass wir jetzt bis 2030 wirklich vorwärtsmachen und nicht in weiteren Utopien jetzt das Ganze wieder ausbremsen. Wir haben also ein klares Zeitfenster, in dem wir unsere Struktur, die Tramlinienstruktur verbessern und den Fluss der Trams auch verbessern. Hier jetzt nun auf Zukunftstechnologien zu setzen, in einer Zeit, wo wir in Riehen immer noch verzweifelt mit unserem Handy nach einer guten Verbindung suchen, weil es keine anständigen Mobilantennen gibt, das mag für mich interessant sein, aber für den Menschen, der nachher mit dieser Technologie umgehen muss, scheint das mir doch noch in grosser Ferne zu sein. Was wir jetzt brauchen, ist einmal dieses Rückgrat, von dem auch Jean-Luc Perret gut gesprochen hat, in unserem Verkehr und dazu sind die Tramlinien sicher sehr valabel und gehören jetzt auch endlich einmal umgesetzt oder auch diese Struktur mal gefestigt.

Lassen Sie mich vielleicht noch einmal ganz kurz zusammenfassen, um was es eigentlich geht. Wir wollen ganz im Gegensatz zu dem, was Joël Thüring vorhin gesagt hat, mit dieser neuen Struktur auch gerade die Innenstadt entlasten. Wir wollen diese grüne Wand ja entfernen und wollen dafür einen besseren Anschluss auch von den Aussenquartieren an die Bahnhöfe und an die Innenstadt sorgen, ohne die Innenstadt zu überlasten. Und das soll nicht erst in ferner Zukunft sein, sondern ich hoffe sehr, dass in diesem Zeitaspekt von 2030 das wirklich auch zu schaffen ist. Natürlich wird es schwierig, wenn dann ein Referendum das andere jagt, aber das muss trotzdem noch das Ziel sein.

Das eine ist die Entlastung sicher der Innenstadt, das zweite ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, das ist die Anbindung der Entwicklungsquartiere, der Entwicklungsareale an die Innenstadt und natürlich auch an unseren Bahnhof und da wissen wir alle, dass da in diesem Gebiet sehr vieles passieren wird, eben auch zur Entlastung des heutigen Bahnhofplatzes. Und hier kommen wir zu dem, was Brigitta Gerber auch gesagt hat zum Tram 30, das hier eine grosse Hilfe sein wird, wo wir dann über den Cityring auch diese Weiterführung der ganzen Personen in die Industrie, in ihre Arbeitsplätze dann bringen und das ist sicher auch etwas sehr Gewünschtes und etwas, das auch in Zukunft sicher einen Vorteil bringt.

Dann weiter. Natürlich haben wir diesen Margarethenstich. Der Margarethenstich, der ist ein Politikum. Da muss ich auch hierzu sagen, wir haben es hier mit einer Abstimmung von 2017 zu tun und seit 2017 haben wir neu eine Mobilitätsstrategie. Wir haben ein Stadtklimakonzept, wir haben eine Biodiversitätsstrategie, wir haben dazwischen noch die Pandemie gehabt. Ich glaube, heute stehen wir 2025 einfach an einem anderen Ort und ich bin nicht so sicher, dass die guten Leimentaler heute immer noch dagegen abstimmen würden. Also auch hier denke ich mir, weitermachen und jetzt hier den Weg freimachen für eine Umsetzung dieses Tramliniennetzes und nicht noch weiter abwarten. Das Volk wird dazu sicher nochmal befragt werden.

Also grundsätzlich findet die Grüne-Fraktion, dass wir diesen Ratschlag genehmigen sollen, damit es etwas vorwärtsgeht, wir klare Bilder von dieser Zukunft Tramliniennetz bekommen und für uns ist das auch ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen städtischen Entwicklung und auch zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie, die wir ja auch auf dem Tisch haben. Dafür die richtige Grundvoraussetzung zu schaffen, das ist eigentlich das Gebot der Stunde und deshalb sind wir sehr für das Akzeptieren dieses Ratschlags.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Bartha, es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Iselin und von Herrn Seiler. Sie werden entgegengenommen.

*Adrian Iselin (LDP):* Ist es wirklich gescheit, auf einer Grundlage weiter zu arbeiten, die vielleicht 1950 visionär gewesen ist, oder wäre es nicht Zeit für einen Paradigmenwechsel?



*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Ist es wirklich gescheit, sich auf ein Abenteuer einzulassen, wo wir nicht wissen, wo es uns hinführt, und uns in Abhängigkeiten eventuell zu begeben, von denen wir auch noch nicht wissen, wohin sie uns führen?

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Sie reden immer vom Cityring, die letzte Sammelstrasse für Autos in dieser Stadt und da wollen Sie jetzt Tramschienen drauf bauen. Wie stellen Sie sich die Verkehrssituation während dieser Baustellen für diese Tramschienen dann vor in dieser Stadt?

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Ich glaube, die Autobahn wurde abgelehnt, weil man sich eben nicht vorstellen konnte, wie dann die Situation über der Erde während dem Bau aussehen würde.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Von Herrn Bartha wechseln wir zu Herrn Barth für die FDP.

*Johannes Barth (FDP):* Die FDP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung des dritten Berichts zur Tramnetzentwicklung grundsätzlich. Der Ausbau des Trams ist ein zentraler Bestandteil einer zukunftsgerichteten flächeneffizienten und klimaverträglichen Mobilität in unserer Stadt. Tramprojekte wie die Margarethenverbindung, der Claragraben oder das Tram Klybeck sind sinnvoll, realisierbar und leisten einen messbaren Beitrag zur Entlastung der Innenstadt und zur Erschliessung von wachsenden Quartieren. Wir unterstützen daher das Anliegen des Regierungsrates, den aktualisierten Ausbauplan zu genehmigen und die Mittel zur weiteren Planung freizugeben. Gleichzeitig erlauben wir uns jedoch einen liberalen kritischen Blick auf die Projektpriorisierung, das Kosten-Nutzenverhältnis und die zeitliche Staffelung.

Das Tram Petersgraben steht in Konkurrenz zu anderen Projekten und wird politisch sehr herausfordernd, wie wir schon mehrfach gehört haben. Der effektive Entlastungseffekt ist begrenzt, gerade im Vergleich zum Tram 30. Hier erwarten wir, dass der konkrete Realisierungsentscheid mit einem aktuellen Kosten-Nutzenabgleich unterlegt wird.

Beim Tram Bachgraben ist die vollständige Abhängigkeit zum ZUBA unbefriedigend. Es kann nicht sein, dass fehlende Strassenprojekte den ÖV-Ausbau blockieren. Wir fordern, dass hier rasch Alternativen geprüft werden, zumal das Arbeitsplatzwachstum im Bachgraben weitergeht und somit natürlich noch mehr Autos dort im Verkehr stehen werden.

Das Tram 30 Grossbasel hat Potenzial, aber der Planungshorizont ist unklar, die Kosten hoch. Hier braucht es einen realistischen Stufenplan und eine nüchterne Nutzenabschätzung. Auch, wie Kollege Seiler gesagt hat, sind die Auswirkungen zum MIV fraglich bzw. sehr bedenklich.

Auch das Tram Grenzacherstrasse, das Tram Dreispitz und weitere Visionen sind zum jetzigen Zeitpunkt eher Wunschkatalog als prioritäre Notwendigkeit. Wir erwarten, dass diese Projekte nur dann weiterverfolgt werden, wenn konkrete Entwicklungen, etwa bei der S-Bahn Solitude, scheitern oder sich neue Chancen ergeben.

Fazit: Wir befürworten die Fortführung der Tramnetzplanung, aber mit Augenmass, Priorisierung und kritischer Prüfung bei jedem einzelnen Umsetzungsschritt. Planungssicherheit ist wichtig, aber politischer Realismus ebenso. Nicht alles, was im Plan steht, muss zwingend gebaut werden, schon gar nicht zum selben Zeitpunkt. In diesem Sinne stimmen wir dem Bericht und der Planungspauschale zu, verbinden dies aber mit einer klaren Erwartung, dass Aufwand und Wirkung in einem vertretbaren Verhältnis stehen und dass Basel die richtigen Projekte zur richtigen Zeit realisiert.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die BVB ist für mich Pleiten, Pech und Pannen. Das ist das Markenzeichen der BVB. Journalist und Grossrat Eric Weber ordnet ein, hören Sie zu. Es stand in allen Medien, in allen Zeitungen, ständiger Personalwechsel bei der Spitze der BVB und hohe Abfindungen. Das geht nicht, wir zahlen das.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Weber, diese Vergangenheit hat nichts mit der Tramnetzentwicklung des Regierungsrats zu tun.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber Sie wissen, was der BVB-Chef gemacht hat, es ist in allen Zeitungen gekommen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Weber, es hat trotzdem nichts mit der Tramnetzentwicklung zu tun. Erster Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich komme zu meinen Vorrednern. Adrian Iselin, er hat sehr gut gesagt, wir sind für den Bus. Adrian Iselin hat eindringlich gewarnt vor Baustellen, auch ich warne vor Baustellen. Basel ist seit meiner Kindheit, seit 61 Jahren eine dauernde Baustelle. Gehen Sie mal nach Osteuropa, dort gibt es eine Baustelle einmal in 100 Jahren, aber nicht wie hier bei uns, jede Strasse jedes Jahr aufgerissen. Joël Thüring hat ganz klar gesagt, Stoppschild ans Tram. Joël Thüring, ich unterstütze Sie und danke Ihnen. Und ich möchte noch einmal die anderen Redner bitten, dass man auf die Vorredner eintritt und nicht nur eine Rede abliest.

Ich bin auch sehr stolz, dass ich mich nachher noch als Musterschüler der BVB erkläre. Joël Thüring, danke für das Stoppschild ans Tram. Das Thema bewegt, die Tribüne ist voll, die Pressebank ist voll, aber Joël Thüring hat gesagt, Stoppschild ans Tram und er hat auch das Wort Tram-Fetischismus gesagt. Ich bin auch gegen das Tram und ich möchte das noch begründen, warum ich gegen das Tram bin. Ich darf in meinem eigenen Interesse reden und ich muss sagen, ich bin gegen den Ausbau des Trams, vor allem in meinem Wahlkreis Kleinbasel. Beim Claragraben braucht es kein Tram. Und ich möchte Ihnen jetzt zum Schluss sagen, warum ich gegen das Tram bin. Ich bin für den Bus, aber nicht, was die Vorredner gesagt haben wegen den Baustellen, ich bin für den Bus, weil man im Bus einfach besser schwarzfahren kann. Ich bin seit 61 Jahren Schwarzfahrer.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Weber, es reicht.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber ich bin ehrlich, ich gehe ehrlich durch die Welt und im Bus kann man das überblicken. Wir reden am Problem vorbei. Es braucht keine neuen Tramlinien, es braucht mehr Service. Ein Vorredner hat richtig gesagt, von 10 Uhr morgens bis um 4 Uhr ist ein Tram leer. Frau Keller, ich möchte Sie bitten, dass auch einmal in der BVB zu besprechen. Das Tram ist morgens leer, ich sehe keine Leute im Tram, aber wenn ich abends am Bahnhof SBB bin, ist das Tram voll und ich habe keinen Sitzplatz. Wie oft habe ich keinen Sitzplatz im Tram oder Bus. Das geht nicht, mehr Verbindungen und darum sagen viele Leute, und das darf man sagen, zahlen Sie kein Billett. Das Tram Nummer 2 geht vom Eglisee über die Mustermesse zum Wettsteinplatz. Das ist gut so, es braucht keinen Bus. Das Tram Nummer 6 kommt von Riehen über die Muba zum Claraplatz. Gut so, das reicht alles, bitte keine neuen Baustellen. Daher beantrage ich als Grossrat Eric Weber Rückweisung und ich beantrage auch als Grossrat Nichteintreten.

Und zum Schluss muss ich noch sagen, ich wollte mich über das Thema informieren. Ich habe 40 Jahre die BVB-Zeitschrift bekommen und ich bin ein Musterschüler, ich bin ein Streber, aber ich kriege die BVB-Zeitschrift nicht mehr. Ich kann mich nicht mehr zum Thema BVB informieren, weil es heisst, die Zeitschrift gibt es nur noch online und wir dürfen wegen den Personalmeldungen die Zeitschrift nicht mehr zur Verfügung stellen. Weil ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, bin ich zur BVB gegangen und habe die Zeitschrift dort eingesehen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Sind wir denn so ein Exot, wenn wir das Tramnetz ausbauen wollen? Mit Blick auf andere Städte, Bordeaux, Lyon, Freiburg im Breisgau, Oslo, Toronto oder Sydney, um nur ein paar Beispiele zu nennen, stelle ich fest, dass rund um den Globus viele Städte existieren, die in den letzten Jahren ihre Tramnetze massiv ausgebaut haben oder neue Tramnetze erstellt haben. Und das ist übrigens auch das Beispiel von Metz. Metz ist ein klassisches Beispiel, das in der Euphorie der autogerechten Stadt der 60er-Jahre sein Tramnetz abgeschafft hat und jetzt ein neues System eingeführt hat, bei dem aber natürlich, und das ist eben entscheidend, die Tram-Ersatzfahrzeuge, oder wie auch immer Sie das nennen wollen, nicht im Stau stecken bleiben, sondern ein Eigentrassee haben. Da sind wie in Basel in einer ganz anderen Situation und wer die Realität verändern will, muss die Realität erst einmal akzeptieren und das ist, dass wir ein ausgedehntes Tramnetz haben, dessen Weiterbetrieb aus vielen Gründen sehr sinnvoll ist.

Ich bin eher auf der anderen Seite als viele andere, mir geht es zu wenig schnell vorwärts. Die Abmeldung des Trams Claragraben beim Aggloprogramm war weder für die Glaubwürdigkeit von Basel förderlich, sondern, wie soll man sagen, die Umsetzung bleibt. Es gibt zwar diesen Malus nicht mehr im Aggloprogramm, aber der Stand der Umsetzung bleibt wichtig. Man kann Projekte natürlich abmelden, aber das ist für die Glaubwürdigkeit, wie gesagt, nicht förderlich. Überhaupt scheint



für einige Leute das Agglomerationsprogramm hier ein Fremdwort zu sein. Gut, man kann ja auch der Auffassung sein wie ein Landrat in Baselland, dass es keine Agglomeration Basel gibt, sondern quasi Baselland eine eigene Agglo sei, aber das ist ein anderes Thema.

Es gibt entscheidende Gründe, vor allem für den Margarethenstich und für den Claragraben und in geringem Masse den Petersgraben. Das ist die Tatsache, dass wir den öffentlichen Verkehr schneller machen. Die Hauptschwäche des Tramverkehrs in Basel ist, dass er zu wenig schnell ist und dafür braucht es Umgehungen, auch der Innenstadt. Es ist auch sinnvoll für die Netzstabilität, weil im Fall von Blockierungen der Innenstadt dadurch Trams andere Routen nutzen können. Es ist auch sinnvoll in Kombination mit dem Ausbau der S-Bahn. Und manche dieser Projekte, Margarethenstich ist ein Beispiel, ist das Projekt in der Region mit dem besten Kosten-Nutzenverhältnis, x-fach nachgewiesen und ich bin der Meinung, dass wir weniger mit Klischees und ideologischen Vorurteilen in der Verkehrspolitik hantieren sollten, sondern basierend auf Fakten und Empirie.

Und deswegen sind die Projekte Margarethenstich oder Claragraben alles andere als sekundär. Sie sind für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs in Basel entscheidend. Entscheidend ist übrigens das Argument der Flächeneffizienz nicht um Mitternacht, sondern in den Stosszeiten und deswegen, lieber Joël Thüring, ist es gerade da wichtig, flächeneffiziente Fahrzeuge zu haben.

Nun, jedes Verkehrsprojekt ist schwierig zu vermitteln. Das gilt für Strassenprojekte genauso wie für Tramprojekte. Wenn man den Menschen die Gesamtzusammenhänge näher bringt, kann es helfen. Generell möchte ich sagen, und unabhängig von ideologischen Vorteilen, wir müssen bei der Verkehrsinfrastrukturentwicklung in dieser Region vorwärtsmachen. Insofern bin ich auch sehr dankbar, auch über die differenzierte Stellungnahme der Handelskammer beispielsweise, und ich denke, es ist wichtig, dass wir gemeinsam reden und schauen, dass wir bei der Infrastruktur vorwärtsmachen, nicht nur beim Tram, aber eben auch beim Tram.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Cuénod, es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Sie wird entgegengenommen.

*David Jenny (FDP):* Ist der Begriff Agglomerationsprogramm nicht aus zwei Fremdwörtern zusammengesetzt?

*Tim Cuénod (SP):* Sicher, aber es ist doch ein Vorteil, dass unsere Sprache nicht nur aus urgermanischen Begriffen geprägt ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht entgegengenommen. Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Tim Cuénod, ich finde, wir sind ein Parlament, wir müssen auch auf die Redner eingehen, aber ich stelle wieder fest, ich bin der einzige Redner, der auf Ihre Rede eingeht und das möchte ich machen. Mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring, er nimmt meine Fragen an, schade, dass Sie meine Frage nicht angenommen haben, aber ich kann mich kurzfassen. Sie haben wortwörtlich gesagt, das Tramnetz soll ausgebaut werden und dann haben Sie irgendwelche Städte im Ausland genannt. Da sind wir uns einig. Aber Tim Cuénod, auch als Gymnasiallehrer haben Sie etwas vergessen. Diese Städte haben eine Weidefläche, diese Städte sind hunderte von Quadratkilometer gross und dort kann man ein Tramnetz in die Weidenfläche bauen. Die Städte, die Sie genannt haben, sind nicht so eng wie Basel und Basel ist eng. Darum haben wir auch den Wettkampf nach Zürich verloren, wir haben keinen Platz für Fernsehstationen, usw. Und ich kann Sie erinnern, unser Flughafen haben wir in Frankreich bauen müssen, weil Basel keinen Platz mehr hatte und das ist eben das Problem.

Wir können Basel nicht zu einer Tramstadt bauen und wir können Basel nicht ständig aufreissen. Ständig wird aufgerissen, überall im Kleinbasel und die Leute ärgert das und ich vertrete hier den Bürger, den Bünzlibürger, der sagt, ich leide unter dem Baulärm. Stellen Sie sich vor, wir machen im Claragraben eine Traminie, Sie haben den Claragraben genannt. Jahrelange Baustellen, nach fünf Jahren wird die Schiene, die Sie genannt haben, im Claragraben wieder ausgebessert, weil der Anwohner sagt, es ist zu laut. Ein Bus, ein Elektrobus ist leise. Ich fahre nur den 34er Elektrobus, kein Lärm, kein Tramquietschen. Ich lese Reportagen, die Journalisten schreiben über Basel, dann steht immer, das Tram quietscht.

Und Sie haben selber gesagt, das Tram ist zu wenig schnell. Es gibt Stationen, die ich laufe, weil wir einfach einen Stau haben. Marktplatz, Schiffplände, da ist man schneller zu Fuss. Wir haben zu viele Trams. Das Tram kommt nicht zur



Schiffflände rein, weil wir einen Rückstau haben beim Marktplatz. Ich bin schneller an der Schiffflände zu Fuss und gehe dort in den 34er Bus.

Gut, ich fahre nicht Tram, aber meine Vorredner und auch Sie haben gesagt, im Claragraben braucht es kein Tram. Und Sie haben richtig gesagt, gemeinsam müssen wir das angehen, aber bitte, wenn Sie solche Städte bringen im Ausland, das sind Flächenstädte, grosse Städte, die haben tausend Mal mehr Platz wie Basel und dort kann man eine Tramlinie bauen, durch das Feld, durch den Wald, aber nicht in Basel. Die Leute möchten das nicht mehr und darum muss ich Ihrer Rede widersprechen. Die Mehrheit der Basler will nicht mehr Trams, wir wollen Bus. Und bitte, gehen Sie einmal in sich rein und überlegen Sie das, dass die Mehrheit kein Tram will.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Adrian Iselin hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

*Adrian Iselin (LDP):* Es sind sehr verschiedene Visionen da, wie die Zukunft vom öffentlichen Verkehr aussieht. Ich möchte ein Beispiel noch schnell ein bisschen vertieft angehen und das sind diese Midibusse im Schwarmbetrieb. Wenn man sich das vorstellt in zehn Jahren, das selbstfahrende Auto ist eine Realität, ich glaube, dass in spätestens zehn Jahren ein selbstfahrender Bus auch eine Realität ist.

Wenn ich jetzt eine App habe, wo ich sagen kann, ich will ins untere Kleinbasel und der Zweite, der am Barfi steht, der will vielleicht auf Riehen, dann kommen die im Schwarm, fahren dorthin, wo vorher das Tram gewesen ist, dann steigt man in den Wagen ein, den man gesagt hat, dann fahren sie von mir aus im Konvoi über die Wettsteinbrücke und dann schert der eine beim Wettsteinplatz Richtung das untere Kleinbasel aus und der andere geht Richtung Riehen weiter. Und dann haben Sie nicht die fixen Tramhaltestellen, sondern Sie haben eigentlich dort, wo es gerade am nächsten für Sie ist und vielleicht für Ihren Nachbarn und vielleicht für den, der in der Strasse nebenan wohnt, steigen Sie dann aus, das zeigt dann die App alles an, das Billett, usw. ist alles dort integriert. Das Ganze funktioniert so im Stil von Google Maps, ob es dann immer noch Google Maps ist, habe ich keine Ahnung, aber es ist eigentlich relativ klar, dass man den Verkehr umfahren kann. Wenn es einmal eine Demo gibt in der Stadt und man nach Hause will, dann fährt man einmal drumherum und ich glaube, das ist eine Realität, auf die wir zulaufen.

Ich weiss vom Beispiel von Flugzeugen, die selber schon sagen können, welche Teile in Mitleidenschaft gezogen sind aufgrund von Artificial Intelligence, das ist alles interconnected. Man weiss genau, wo das Ersatzteil liegt, dann fliegen Sie nicht den Flughafen A an, sondern Sie fliegen den Flughafen B an und haben gerade noch den Time-Slot gebucht, wo es dann repariert wird.

Das ist die Realität, die heute schon da ist. Das ist nicht etwas, das nur eine Vision ist und darum glaube ich, dass unsere Kinder die Schienen, die wir jetzt verlegen, wir reissen die ganzen Strassen auf, graue Energie, wird immer wieder geredet, bauen dort wieder Stahl hinein, für dass wir es dann in 20 Jahren oder in 30 Jahren wieder aufreissen, um es wieder herauszunehmen. Also da habe ich irgendwie einfach das Gefühl, dass wir da absolut null in der heutigen Zeit leben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Iselin, es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

*Tim Cuénod (SP):* Adrian Iselin, es gibt ja neue Messeformate, die sich grosser Beliebtheit erfreuen, wie die Fantasy. Brauchen wir eine solche auch im Verkehrsbereich, fehlt es uns hier an Fantasie?

*Adrian Iselin (LDP):* Nein, Tim Cuénod, gehen Sie vielleicht nur einmal auf San Francisco und schauen Sie die selbstfahrenden Fahrzeuge an und dann wissen Sie, von was ich rede.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Raoul Furlano hat auch eine Zwischenfrage, Herr Iselin. Nächste Zwischenfrage von Herrn Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Adrian Iselin, finden Sie auch, im Kanton Basel-Stadt, wo wir sonst wirklich in vielen Angelegenheiten sehr innovativ sind, dass wir in Verkehrsfragen am Ende des Schwänzchens sind, also nicht innovativ sind?

*Adrian Iselin (LDP):* Absolut, wir sind mit Visionen von 1950 unterwegs.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Es war, wie zu erwarten war, eine sehr lebhafte Debatte. Vielen herzlichen Dank. Ich möchte gerade nochmal auf die Frage eingehen bezüglich der neuen Technologien. Auch ich denke, dass Shared Mobility und autonome Fahrzeuge eine Zukunft haben, natürlich, aber, und das ist das grosse aber, das wichtige aber, nicht primär in grossen dichten Städten, denn wir haben nicht Platz für tausende autonome Fahrzeuge, die zum Teil schlecht ausgelastet sind. Sie sind kein Ersatz, diese Gefässe für eben die grossen Gefässe. Autonome Minibusse werden im Moment getestet und wo? In Zürich, in einem wenig dichtbesiedelten Gebiet, wo es eben sinnvoll ist, auch on demand die Leute abzuholen. Dort machen solche Gefässe Sinn, wo es wenige Passagiere gibt, aber nicht, wenn die Nachfrage hoch ist.

Dann, was ist der Vorteil von Bussen in Schwärmen. Ich sehe den Vorteil nicht, für mich klingt das äusserst chaotisch. Und wenn Sie sagen, die Schiene hat den Nachteil, dass wir diese sanieren müssen, wenn Sie natürlich viel häufiger auf der Strasse unterwegs sind, müssen Sie die Strasse genauso mehr sanieren. Also ich denke, die Schiene ist da wirklich etwas sehr widerstandsfähiges und deshalb auch etwas zukunftsfähiges, auch an dicht befahrenen Abschnitten. Gehen Sie morgens um 7 Uhr zum Bahnhof und schauen Sie, wie viele Leute mit den Trämli transportiert werden. Da brauchen Sie kein On-Demand-Angebot, da brauchen Sie keine autonomen Fahrzeuge, da brauchen Sie einfach grosse Gefässe, die schnell diese Leute wegbringen, von der S-Bahn rein in die Stadt.

Und ja, Herr Thüring, natürlich richten wir die Trams respektiv die Kapazitäten auf die Spitzenzeiten aus. Der Bund macht genau das gleiche. Die Autobahnabschnitte werden nicht geplant für Sonntag, 10 Uhr morgens, sondern für die Stosszeiten. Das ist auch immer das Argument der Wirtschaft, dass eben die Menschen rechtzeitig zu den Arbeitsplätzen kommen sollen. Deshalb ja, wir richten unsere Transportinfrastruktur auf die Stosszeiten aus, das ist so und es gibt auch Versuche, diese Stosszeiten noch zu glätten, aber das ist nicht ganz so einfach.

Dann nochmal zum Tramnetz 2030. Das ist ja nicht ein flächiger Ausbau, den wir hier vorhaben. Es ist wirklich das gezielte Schliessen von Lücken heute, damit wir eben schneller werden, damit wir flexibel werden. Und ja, Verkehrsplanungen müssen wir grenzüberschreitend angehen, deshalb auch die Zusammenarbeit mit der Baselbieter Regierung rund um die Margarethenverbindung, denn das ist ein wichtiger Schlüssel, um gerade im Leimental für viele Leute den Umstieg attraktiver zu machen vom heute Auto, das unter anderem das Gundeli belastet, viele Autos, Menschen, die Angehörige am Bahnhof abholen. Das ist wirklich eine starke Verkehrsbelastung für das Gundeli, die wir künftig besser lösen können mit dieser Margarethenverbindung.

Ich darf wirklich nochmal am Schluss sagen, wir haben eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Wir können heute nicht auf Technologien setzen, die sich noch in Testphasen befinden, von denen wir nicht wissen, ob und wann sie kommen. Wir müssen heute investieren. Wir wissen, wie lange diese Planungs- und Bauzeiten sind und wir werden, ich wiederhole es nochmal, in den 30er-Jahren einen starken Anstieg an Wohnungen und Arbeitsplätzen sehen und das können wir mit dem heutigen Verkehrssystem alleine nicht bewältigen. Ich hoffe, dass wir heute doch eine grosse Mehrheit hier drin davon überzeugen konnten, dass das Trämli eine gute Investition in die Zukunft ist, und ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie hier den nötigen Rückenwind uns geben würden, damit wir in der Planung weitermachen können.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Sprecher der Regiokommission verzichtet. Somit geht das Wort an Raffaella Hanauer für die UVEK.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Es liegen zwei Rückweisungsanträge vor, die jeweils unterschiedlich begründet wurden. Ich möchte hier darauf hinweisen, die Rückweisungsanträge wurden in der UVEK nicht gestellt. Der erste Rückweisungsantrag wurde gestellt im Hinblick auf neue Mobilitätsformen. Hier möchte ich gerne zuerst darauf eingehen.

Es wurde gesagt, dass wir gleichviel Kapazitäten hätten, wenn wir das mit Bussen oder anderen Angeboten machen würden. Die UVEK hat insbesondere das Thema zu den Bussen abgeklärt. Pro Tag werden heute in Basel 400'000 Passagiere transportiert. 70 Prozent davon werden heute mit dem Tram transportiert. Das bedeutet, es sind enorm viele Passagiere, die transportiert werden müssen und wollen und Busse haben nicht dieselbe Kapazität. Der Längste auf dem Markt verfügbare Bus ist 24 Meter lang. Unsere Trams sind 42 Meter lang, Sie können sich da die Kapazitätsvergleiche ausdenken.

Nun zu den Passagierzahlen, die Passagiere über On-Demand-Angebote zu transportieren. Auch wir haben bereits Erfahrungen gesammelt mit On-Demand-Angeboten, zum Beispiel mit Mobilisk, dem Angebot, welches im Nachtnetz testweise versucht wurde, dort nicht autonom, sondern mit einer Person, die tatsächlich hinter dem Steuer sitzt. Die Bilanz können Sie dem Ratschlag zum ÖV-Programm teilweise entnehmen, es gibt aber auch im Web Informationen zu diesem Angebot Mobilisk. Schlussendlich, wenn wir diese 400'000 Passagiere transportieren wollen mit einzelnen kleineren Ruf-



Bussen, dann wird das sehr teuer werden. Die BVB hat sodann auch das Nachtnetz ausgebaut auf den Tram- und Buslinien anstelle von einer flächendeckenden Fortführung von Mobilisk.

Nun zur Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die vielleicht mit anderen Mobilitätslösungen besser gewährleistet werden könnte. Ja, die Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die muss erhöht werden. Das sieht auch die UVEK-Mehrheit so und dazu sind eben Lückenschliessungen im Tramnetzausbauplan vorgesehen, die neue Umleitungen und neue Linienführungen möglich machen würden.

Nun zum zweiten Rückweisungsantrag, der begründet wurde vor allem mit der Ablehnung zur Margarethenverbindung. Die UVEK ist sich bewusst, dass insbesondere die Finanzierung dieses Projektes zu Diskussionen führen wird und hat dies auch in ihrem Bericht so vermerkt. Die UVEK möchte diese Debatte führen, wenn der Ratschlag dann da ist, was ja, wie Frau Keller bereits gesagt hat, bereits dieses Jahr der Fall sein wird. Auch der Petersgraben und der Claragraben werden bald kommen. Dies entnimmt man der Abbildung im Bericht. Die UVEK wünscht sich, die einzelnen Projekte fundiert zu debattieren. Der Abbildung 2 im Bericht, auf die ich jetzt schon mehrfach verwiesen habe, ist zu entnehmen, dass die Planungsarbeiten zu all diesen drei Tramausbauprojekten bereits so gut wie fertig geleistet sind. Dort entnehmen Sie auch, wie viele Studien bereits gemacht wurden. Dem möchte die UVEK gerecht werden, indem wir uns nun auch als einen nächsten Schritt die Ratschläge anschauen. Ich möchte nochmals betonen, alle Projekte finden eine deutliche Mehrheit.

Die Margarethenverbindung hat das höchste Verlagerungspotenzial für Pendelnde, die heute noch mit dem Auto unterwegs sind. Dass die zuständige Regierungsrätin Frau Esther Keller versprochen hat soeben in ihrem ersten Votum, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr vorzulegen, nehme ich erfreut zur Kenntnis. Die UVEK hat separate, aber gleichzeitig auch zügige Beratungen der eigentlich fertigen Projekte in ihrem Bericht empfohlen und ich nehme ihm Namen der UVEK daher gerne entgegen, dass unsere Empfehlung bereits heute Früchte trägt.

Abschliessend möchte ich noch betonen, die Stimmung in der UVEK ist klar. Alle 14 Ausbauprojekte finden eine deutliche Mehrheit. Das bedeutet auch, es ist ein klares Bekenntnis für das Tram und für den Tramausbau. Der Wunsch nach Beschleunigung dieses Ausbaus ist auch in der UVEK weitverbreitet und die UVEK hat auch in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass 330 Millionen Franken bereits bereit liegen in einer Rahmenausgabenbewilligung für alle diese Projekte. Diese sind seit 2012 bereit, seit der Beratung zur Tram-Initiative, und warten seit 13 Jahren abgeholt zu werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der UVEK-Mehrheit, dem Beschlussantrag der UVEK zuzustimmen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen zuerst darüber ab.

### **Abstimmung**

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer Nichteintreten will, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006657, 04.06.25 10:37:56]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Eintreten

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Rückweisung wurde beantragt durch Adrian Iselin und Joël Thüring. Sie beantragen Ihnen, diesen an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.



### Ergebnis der Abstimmung

**24 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006658, 04.06.25 10:38:35]

### Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 68 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Plan Tramstreckennetz
2. Bewilligung Ausgaben für die weitere Planung

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

**69 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006660, 04.06.25 10:39:26]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Grosse Rat genehmigt den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz (siehe Anhang).
2. Der Grosse Rat bewilligt für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'400'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 69 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

### **3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK**

[04.06.25 10:39:32, 18.5254.07]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die UVEK beantragt, den Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt für alle als erledigt abzuschreiben.



Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum, es liegen keine Wortmeldungen vor.

Brigitta Gerber beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreibung gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst Stehenlassen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006662, 04.06.25 10:40:27]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 87 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

#### **4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK**

[04.06.25 10:40:39, 23.1670.04]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 8. März 2026 zu verlängern.

Das Wort hat der Kommissionsvizepräsident Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Die WAK hat in der letzten Legislatur nicht so viele Geschäfte behandeln müssen und ist auch ab und zu ausgefallen. Das ist jetzt nicht der Fall, sondern wir haben sehr viel zu tun. Das Standortpaket hat uns sehr beschäftigt, aber auch andere Geschäfte und darum sind wir hier einfach noch nicht so weit und bitten darum nochmals um eine Fristverlängerung, natürlich in Absprache mit dem Initiativkomitee oder mit der Einwilligung des Initiativkomitees.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.



### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006664, 04.06.25 10:42:23]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über die kantonale Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» wird bis zum 8. März 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und die Frist verlängert.

## 5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

[04.06.25 10:42:31, 23.1354.04]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die dringliche Behandlung heute Morgen beschlossen. Die BRK beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Ihnen wurde ein neuer Beschluss ausgeteilt, da in II. der Abschnitt für einen eventuellen Rückzug der Initiative gefehlt hat.

Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Heute beschäftigen wir uns mit zwei eng miteinander verknüpften Fragen. Zum einen mit dem Projektierungskredit für ein neues 50-Meter-Hallenbad auf dem Areal des heutigen Musical Theaters, zum anderen mit der politischen Forderung nach dem Erhalt genau dieses Gebäudes als Musical und Kulturspielstätte. Beide Anliegen haben für sich genommen ein starkes öffentliches Interesse ausgelöst und stehen in einem Zielkonflikt, welcher die vorberatende Bau- und Raumplanungskommission zu lösen versuchte.

Die Regierung beantragt mit dem Ratschlag einen Kredit von insgesamt 7 Millionen Franken. Ziel ist die Projektierung eines Hallenbads mit einem 50-Meter-Becken. Der Standort, das Areal der einzigen Messehalle mit dem eingebauten Musical Theater, wurde im Rahmen einer Standortevaluation als geeignet bezeichnet. Das Grundstück gehört dem Kanton ist sofort verfügbar, zentral gelegen und gut erschlossen. Gleichzeitig liegt eine kantonale Volksinitiative mit dem Titel «Erhalt des Musical Theaters Basel» vor. Diese verlangt, dass das Gebäude weiterhin als Musical und Konzerthaus geschützt wird.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat beide Geschäfte gemeinsam behandelt, weil sie aus planerischer und politischer Sicht untrennbar miteinander verbunden sind. Ich werde die beiden Geschäfte und die Berichte der BRK getrennt voneinander vorstellen, beginnend mit der Betrachtung zur Initiative zum Erhalt des Musical Theaters, welche zuerst traktandiert ist.

In einer frühen Phase der Beratung hat die Kommission eine Konsultativabstimmung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass eine Mehrheit dem vollständigen Abbruch des Gebäudes Musical Theaters kritisch gegenübersteht. In der Folge hat sich die Kommission vertieft mit dem Zustand der Bausubstanz auseinandergesetzt. Eine Besichtigung vor Ort hat ergeben, das Gebäude ist im baulich besseren Zustand, als es der Ratschlag vermuten lässt. Es handelt sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, eingebaut 1995 in die ehemalige Messehalle aus den 1950er-Jahren. Die Struktur ist klar, das Dachtragwerk stabil, grosse Teile der Haustechnik sind intakt oder mit vertretbarem Aufwand sanierbar. Der Erhalt der Fassade ist baulich gut möglich und das Dach könnte instandgesetzt oder erneuert werden. Auch externe Fachleute,



darunter ein Bauingenieur sowie Personen mit Erfahrung im Kulturbetrieb, haben diesen Eindruck bestätigt. Zudem ist das Gebäude im ISOS-Inventar, Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz mit dem Erhaltungsziel angeführt. Ein Punkt, der im Ratschlag eher beiläufig behandelt wurde. Dies spricht für eine gewisse architektonische und städteräumliche Bedeutung, die bei einem Totalumbau oder Abriss berücksichtigt werden muss.

Parallel zur baulichen Frage stellt sich für die Kommission die Frage der Nutzung, denn ein reiner Erhalt aus Prinzip des Gebäudes reicht nicht. Entscheidend ist, ob es ein tragfähiges Nutzungskonzept gibt, sowohl inhaltlich wie wirtschaftlich. Dazu hat die Kommission eine Subkommission eingesetzt, welche auch Gespräche mit potenziellen Betreibern und Veranstaltern führte. Das Ergebnis war differenziert. Ja, es gibt grundsätzlich Interesse an einem weitergeführten Musical-, Konzert- und Veranstaltungsort am Standort Basel. Der Kommission wurde mitgeteilt, dass wenn man das Gebäude abreisst, man in wenigen Jahren wieder ein Haus in dieser Grösse und Ausstattung bauen müsste, da es ein Bedürfnis ist, das wachse. Die Angehörten meinten aber auch, dass das Interesse nur bei realistischen betrieblichen und finanziellen Bedingungen bestehe. Zudem ziehen Musicals Menschen von weit über der Region an und sind insbesondere für eine Basler Bevölkerungsgruppe, welche aus dem angelsächsischen Kulturraum kommt, ein Bedürfnis.

Die Kommission hat früh entschieden, dass man keine starren Vorgaben machen möchte, die sich dann in der Praxis nicht umsetzen lassen. Der Staat soll die bauliche und konzeptionelle Entwicklung unterstützen, aber nicht selbst Betreiber werden. Das war ein breiter Konsens in der Kommission. Man möchte keine Kaserne 2.0, keine Situation, in der der Kanton einen Kulturbetrieb führen oder mit Subventionen dauerhaft stützen muss.

In einem ersten Entwurf wurde ein sehr umfassender Gegenvorschlag diskutiert. Dieser enthielt Vorschläge zur besseren Erschliessung des Hauses, ein öffentlich zugängliches Foyer mit Gastronomieangebote für das Quartier, kostengünstige Spieltage für lokale Vereine, Proberäume und Bildungsangebote. Ziel war es, das Haus stärker im Quartier zu verankern und das Potenzial der Liegenschaft besser zu nutzen. Denn heute ist das Gebäude, das wurde auch durch die Betreiber bestätigt, untergenutzt. Die Anzahl Spieltage ist tief, die Räumlichkeiten sind tagsüber oft leer, Synergien mit anderen Nutzungen bestehen kaum.

Im Verlauf der Beratungen wurde der Gegenvorschlag redimensioniert und auf das Wesentliche konzentriert. Zu viele Auflagen wurden als Risiko eingestuft, dass sich kein künftiger Nutzer finden lässt. Folglich schlägt die Kommission vor, dass die Regierung eine Ausschreibung für ein Musical- und Konzerthaus erarbeitet, die baulich auf dem bestehenden Gebäude aufbaut. Die Projektierung soll im Rahmen eines Baurechtsmodells erfolgen, der Kanton bleibt Eigentümer, überträgt aber die Entwicklung und den Betrieb einem Dritten. Dadurch soll die Immobilie im Finanzvermögen verbleiben, was die Verwaltung auch ausdrücklich wünschte und damit auch die rechtliche Zulässigkeit zusicherte. Gleichzeitig kann über vertragliche Vereinbarungen die Zweckbindung gesichert werden. Als Anschubfinanzierung soll ein zweckgebundener Investitionsbetrag für die Sanierung von 15 Millionen durch den Kanton erfolgen. Das schafft Planungssicherheit für den Kanton, für künftige Betreiber und für das Quartier. Dieses Vorgehen erlaubt es auch, mehrere Szenarien offen zu prüfen. Eine rein kulturelle Nutzung, eine Kombination mit Gastronomie, Zwischennutzung, Eventbetrieb oder modulare Raumkonzepte.

Inhaltlich stützt sich die Kommission auf mehrere zentrale Argumente. Erstens erfüllt das Musical Theater Basel einen klaren kulturellen Bedarf. Die Spielstätte mit ihrem professionellen Bühnenturm und dem grossen Zuschauerraum ist für Musicals, Tournée theater, Konzerte und grössere Veranstaltungen hervorragend geeignet. In Basel gibt es keine vergleichbare Infrastruktur in dieser Grössenordnung. Das Musical Theater schliesst also eine Lücke zwischen dem Stadtcasino, dem Theater Basel und der St. Jakobshalle.

Zweitens wird die bauliche und wirtschaftliche Ausgangslage aus Sicht der Kommission im Ratschlag nicht vollständig oder verzerrt dargestellt. Der erwähnte Investitionsbedarf von 58 bis 90 Millionen Franken für eine Sanierung basiert auf modellhaften Durchschnittswerten pro Kubikmeter, wie sie bei der Sanierung des deutlich komplexeren und älteren Theater Basels angewandt wurden. Der tatsächliche Zustand des Gebäudes, wie er bei der Besichtigung durch die Kommission und nach Aussagen aus der Fachwelt ersichtlich wurde, ist deutlich besser. Die Aussenhülle, das Dachtragwerk und zentrale technische Anlagen sind in grossen Teilen intakt oder mit vertretbarem Aufwand instand zu setzen. Zudem handelt es sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, die grundsätzlich statisch und funktional gut getrennt ist.

Drittens zeigt sich, dass der Betrieb des Musical Theaters bislang wirtschaftlich tragbar war. Die Mietzinseinnahmen decken die Betriebs- und Energiekosten. Gemäss den Zahlen des Ratschlags waren auch Zinszahlungen und Rückstellungen für grössere Investitionen möglich gewesen im Umfang von bis zu 750'000 Franken jährlich. Es handelt sich somit nicht um einen klassischen Sanierungsfall, sondern um einen nutzbaren Kulturstandort mit Entwicklungspotenzial.

Viertens wird das bestehende Nutzungspotenzial heute bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Anzahl der Veranstaltungstage liegt deutlich unter dem möglichen Maximum. Weitere Nutzungen, etwa in Form von Gastronomie, kultureller Bildung oder Zwischennutzungen im Tagesbetrieb, wären ohne grundlegende bauliche Eingriffe denkbar. Das Musical Theater könnte sich so zu einem durchlässigen und vielseitigen Begegnungsort entwickeln, auch für das Quartier.



Fünftens ist auch der ökologische Aspekt zu berücksichtigen. Der vollständige Abriss des Gebäudes würde erhebliche Mengen an grauer Energie vernichten. Die Machbarkeitsstudie des Regierungsrats selbst zeigt auf, dass bei beiden Varianten, Einbau oder Neubau, rund 6'500 Tonnen CO<sub>2</sub> Äquivalente anfallen würden. Die ökologische Bilanz ist damit praktisch gleich, der Unterschied liegt allein in der Eingriffstiefe. Für die Kommissionsmehrheit überwiegen deshalb die Argumente zugunsten eines differenzierten Umgangs mit dem Bestand.

Die Kommission hat in der Schlussabstimmung mit 9 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung dem Gegenvorschlag zugestimmt. Die Minderheit spricht sich für das ursprüngliche Anliegen der Regierung aus, insbesondere mit Blick auf den grossen Bedarf an gedeckten Wasserflächen, den Druck aus der Bevölkerung und die gute Erreichbarkeit des Standorts. Diese Argumente sind legitim und wurden in der Kommission eingehend diskutiert. Die Mehrheit kommt jedoch zum Schluss, dass die Prioritätensetzung in dieser Form nicht zielführend ist, zumal es bei der Frage des Hallenbads nicht um das ob, sondern um das wo geht. Dieses Thema wird im nächsten Geschäft vertieft behandelt.

Ein letzter Punkt betrifft das Referendum. Die Mehrheit der Kommission hat sich nach einer längeren Debatte gegen ein obligatorisches Referendum ausgesprochen, und zwar mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Dies aus folgenden Punkten: Die Kommissionsarbeit war intensiv, sachlich und breit abgestützt. Das Vertrauen sollten wir uns als Parlament selbst zugestehen. Zweitens wollen wir nicht, dass Sport und Kultur gegeneinander ausgespielt werden. Drittens, die Situation braucht endlich Rechtssicherheit für Musical, Hallenbad und Bevölkerung. Ein fakultatives Referendum bleibt möglich. Es ist ein starkes, demokratisches Instrument, das jedem offensteht, der die Vorlage grundsätzlich bekämpfen möchte. Letztlich wollte die Kommission eine Eintragung in das Kulturfördergesetz mit dem Gegenvorschlag vermeiden, was mit einer Abstimmung wiederum zum Thema wird. Ausserdem wird es der Bevölkerung schwer zu vermitteln sein, wo der Unterschied zwischen dem Initiativtext und dem sehr nahe gelegenen Gegenvorschlag liege.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Kommission, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und auf ein obligatorisches Referendum zu verzichten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Mathys. Sie wird entgegengenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Herr Hug, ich habe eine Zwischenfrage zu Ihrer Aussage. Sie haben ja darüber gesprochen, dass die Kommission die Interessen möglicher künftiger Baurechtsnehmer\*innen abgeklärt habe. Wieso gibt es keine Aussage der Kommission zum ursprünglichen Wunsch des heutigen Betreibers, frühzeitig aus dem Vertrag entlassen zu werden?

*Michael Hug (LDP):* Diese Frage wurde nicht zentral diskutiert, aber unserem Vernehmen nach wurde die Aussage gemacht, dass der jetzige Betreiber auch gerne weiterhin in diesem Musical Theater Betreiber sein wolle.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zu Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Die Regierung ist überzeugt, dass die Konsequenzen, wenn Sie dem Gegenvorschlag der BRK folgen, folgende sein werden: Die Eröffnung eines Hallenbades von 50 Metern wird um mehrere Jahre verzögert und betreffend dem Musical-Gebäude wird es zwar eine dritte Chance erhalten, aber wir werden uns spätestens in zehn Jahren hier wieder treffen, wenn es nicht gut kommt, dann frühestens bereits nach erfolgloser Ausschreibung.

Ein anderer wichtiger Grundsatz ist, das Hallenbad verdrängt das Musical Theater nicht. Der Grund, warum wir diesen Vorschlag gemacht haben, lag nicht darin, dass wir gedacht haben, das ist der einzig mögliche Standort, sondern weil zwei Dinge zusammengekommen sind. Der Bedarf an gedeckten Wasserflächen, ich glaube, das ist unbestritten, und die fehlende Wirtschaftlichkeit des Musical-Betriebs. Sie werden heute entscheiden müssen, ob Sie nochmal einen Versuch starten möchten. Ich kann mich nur auf die Fachleute und die Vergangenheit verlassen und bei aller Erfahrung, die wir haben, ist der Betrieb, so wie er jetzt aufgestellt ist, nicht wirtschaftlich. Der Regierungsrat hat entschieden, dass er zurzeit keine gesetzliche Grundlage hat, um Steuergelder zu benutzen, um den Betrieb wirtschaftlich zu ermöglichen. Das ist eine Aufgabe, die Sie selbstverständlich geben können, aber die besteht im Moment nicht.

Die Einschätzungen über den Sanierungsbedarf gehen auseinander. Ich bin selbst nicht Fachperson, ich kann nicht durch das Gebäude gehen, das anschauen und dann einschätzen, das kann ich nicht. Wir haben Fachleute gefragt, wir haben selber Fachleute im Kanton und die haben einen erheblichen Sanierungsbedarf festgestellt. Ich bin aber überzeugt davon, dass jemand nicht vom Kanton es günstiger machen wird, weil er weniger machen muss. Das glaube ich schon, das sehen wir immer wieder. Wenn der Staat baut, dann ist es so, dann muss alles verheben, dann sind auch die Wünsche an uns immer speziell gross, weil alle das Gefühl haben, wir haben zu viel Geld. Aber das ist so, das glaube ich Ihnen schon, ich



glaube, ein Privater kann das etwas günstiger machen und die Kunden müssen das dann auch hinnehmen. Bei uns wäre das schwieriger. Wir glauben aber nicht, dass es mit diesen 15 Millionen Investitionsbedarf reichen wird, vielleicht für ein paar Jahre, aber wir sind einer anderen Überzeugung. Aber man kann das auch nochmal ausprobieren, wenn Sie das möchten, kann man selbstverständlich.

Wir haben also geprüft, was machen wir mit dem Gebäude. Für uns ist es schwierig, weil wir in vielen Punkten der Geheimhaltung unterstehen. Wir dürfen nicht über alles reden, das macht es immer sehr schwierig für uns. Wenn wir Verträge haben mit Privaten, die uns dann etwas anderes sagen oder im Vertrag etwas anderes steht, als sie nach aussen kommunizieren, das macht die Situation für uns nicht einfach. Zudem ist es schwierig, da das kommerzielle Betreiber sind. Wir haben keinen Einblick in ihre Geschäftsbücher. Das ist nicht wie bei einem Theater Basel, dort sehen wir alles, dort haben wir Einblick. Bei Privaten wissen wir das nicht und wenn wir es wüssten, weil sie vielleicht Corona-Härtefallgelder beantragt haben, dürfen wir es nicht sagen, sind dort also auch gebunden. Das macht es für uns schwierig. Daher besteht ja eine Möglichkeit, dass die Kommission recht hat und das absolut gut funktionierend wird, dass diese 15 Millionen ausreichen, das mag ja sein. Ich möchte Ihnen wirklich sagen, wir haben einen blinden Fleck, den konnten wir nicht ausmerzen, das können wir nicht ändern.

Wir hätten die Option gehabt, wir hätten die Halle selber betreiben können. Sanieren, selber betreiben. Das wollte der Regierungsrat auch nicht, wir haben schon die Joggelihalle. Wir sind der Überzeugung, dass die Auslastung der Halle im Kanton Basel-Stadt zu gering ist. Das ist unsere Rückmeldung, ausser das Theater Basel-Stadt, dort wird anscheinend die Bühne sehr häufig gebraucht, die ist ausgelastet. Bei den anderen ist das nicht so. Also wollen wir jetzt nochmal ein Betrieb selber führen, der müsste ja dann kostengünstig sein, das würde dann andere Betreiber konkurrenzieren, wie das Stadtcasino, das finden Sie vielleicht auch nicht so toll. Ja, das wäre eine Überlegung, das wollten wir nicht machen, fanden wir, ist jetzt auch nicht wieder die Aufgabe als Staat, eine weitere Halle selber zu betreiben.

Daher kam dann der Gedanke, es wäre ja eine Möglichkeit, etwas anderes zu machen an diesem Ort. Ich finde diese Backsteinmauern sehr imposant, ich bin dort 50 Meter weiter aufgewachsen. Ich finde das Gebäude von aussen sehr eindrücklich und mir gefällt es. Daher war die Idee zu prüfen, kann man etwas machen, dass man diese Wände stehen lassen kann. Das wäre bei einer Wohnnutzung wohl nicht möglich, ausser man ist gerne im Dunkeln. Das war dann auch noch ein Mitgrund zu prüfen, den Einbau zu machen. Wir gehen davon aus, es ist möglich, wir wollten einfach der Kommission beide Varianten geben.

All diese Überlegungen haben dann zusammengespielt und wir kamen am Schluss zum Fazit, dass das doch sinnvoll wäre. Und ich muss Ihnen schon sagen, wenn man dort aufgewachsen ist, das ist wirklich ein Ort oder eher ein Unort, der wird jetzt zwar langsam aufgewertet mit dem Erlenturm, das merkt man, aber da gab es nichts. Es gab nichts für Kinder, es gab nichts für die Bevölkerung, Gastronomie, ja, ich höre, die Nutzung von Gastronomie, wie toll. Sie können mal schauen, wie viele Restaurants dauernd zu gehen in diesem Bereich, es ist nicht einfach. Sie haben sehr wenig Betrieb, Sie haben wenig Laufkundschaft, es ist auch im Bereich Messe wirklich sehr schwierig und wir dachten, ein Hallenbad würde das ändern. Weil beim Musical, das haben Sie auch gesagt, funktioniert das nicht, es hat nicht funktioniert. Wir glauben nicht daran, dass es bei der dritten Chance funktionieren wird, aber ich lasse mich eines Besseren belehren, ich werde auch nicht beleidigt sein. Wir werden uns wirklich auch Mühe geben, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, werden wir das versuchen. Ich bin überzeugt, wir sitzen bald wieder hier. Gut, in zehn Jahren bin ich dann vielleicht nicht mehr Regierungsrätin, ich zahle Ihnen auch dann den Kaffee, wenn Sie recht gehabt haben. Ich glaube nicht, dass das funktioniert, aber wir lassen uns dann belehren.

Von daher, mir ist einfach wichtig zu sagen, das Hallenbad verdrängt das Musical nicht, sondern die fehlende Wirtschaftlichkeit. Das war unser Hauptpunkt, warum wir dort etwas ändern wollten, und wir wollten keine Subventionen geben. Die Kommission hat unseren Fokus aufgenommen und hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Also wir, die Regierung lehnt beides ab. Der Unterschied zur Initiative, ich verstehe aus der Kommission, dass sie die Abstimmung verhindern möchte. Der Regierungsrat hat nichts gegen eine Abstimmung, aber das muss das Parlament wissen, ob Sie das machen möchten oder nicht.

Der Unterschied im Gegenvorschlag ist, dass es nicht mehr im Kulturfördergesetz steht, das ist sicher ein richtiges Signal, und dass sie klärt, wie viel Steuergelder wir einsetzen werden. Ich bin nicht dafür, dass wir Steuergelder einsetzen. Als Finanzdirektorin bin ich da immer etwas vorsichtig, aber ich sehe den Vorteil, dass es begrenzt ist, dass es klar ist. Also wenn die Initiative zur Abstimmung kommt und gutgeheissen wird, müssen wir uns auch etwas überlegen und dann könnte die Diskussion wieder losgehen, wie viel bezahlt der Staat, kann ich mir vorstellen. Von dem her ist ein Vorteil des Gegenvorschlags, dass er das klar quantifiziert und sagt, 15 Millionen Steuergelder. Das mag für eine gewisse Zeit ausreichen, ist auch ein gewisser Vorteil.

Was ich widersprechen möchte bzw. muss, was nicht klar sein wird, auch nicht mit dem Gegenvorschlag, ob das Gebäude im Finanzvermögen verbleibt. Ob ein Gebäude im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen ist, hängt an der Nutzung. So wie ich die Kommission verstehe und auch verstehen werde, möchte sie, dass die Nutzung selbsttragend ist und keine Staatsaufgabe wird, also auch nicht von uns betrieben wird. Dann würde sie wahrscheinlich im Finanzvermögen verbleiben.



Aber die Regierung ist natürlich frei, wie sie das Finanzvermögen gestaltet, daher kann auch das Parlament dies nicht festschreiben.

Aber unser Verständnis ist das gleiche, so wie ich die Kommission verstanden habe, ist das Verständnis das gleiche. Wir würden dann einen Betreiber suchen, also das ausschreiben, der das zu diesen Konditionen macht. Und selbstverständlich, wenn wir Steuergelder geben, müssten wir dann schauen, dass wir zwei, drei Kriterien aufstellen. Das ist so, ich glaube, das ist auch gewünscht von den Steuerpflichtigen. Es gibt solche Beispiele, das Volkshaus ist ein wenig so ein Beispiel, das haben wir auch angeführt in der Kommission und das wäre auch etwas, was wir noch als sinnvoll erachten, dass es in diese Richtung geht. Aber ja, vielleicht schreiben wir auch aus und es kommt niemand und dann sehen wir uns schon bald wieder.

Ich hoffe, meine Ausführungen haben auch gezeigt, dass wir nicht ganz gegen das sind, was die Kommission vorschlägt. Ich glaube, der Hauptpunkt ist, dass wir nicht überzeugt davon sind, dass es funktioniert aus unserer Erfahrung und Sie werden heute entscheiden, ob Sie eine dritte Chance geben wollen und zu welchen Bedingungen. Aber der Regierungsrat lehnt weiterhin Initiative und Gegenvorschlag ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Frau Soland, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Barth. Diese wird entgegengenommen.

*Johannes Barth (FDP):* Verehrte Regierungsrätin, ich habe eine Frage. Sie bringen immer die Wirtschaftlichkeit ins Spiel, was natürlich als FDP normal ist, aber wie wirtschaftlich ist denn ein Hallenbad? Ist denn die Betreuung eines Hallenbades total anders und ist kein Problem für die Regierung, aber die Betreuung eines Theaters, das Sie nicht machen möchten, das ist ja okay, ist ein Problem?

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ein Hallenbad ist überhaupt nicht wirtschaftlich. Wir werden das finanzieren, das finanziert der Staat. Es ist teuer zu bauen, es ist teuer zu betreiben, es ist aber eine staatliche Aufgabe. Es gehört zu unseren Aufgaben, ist notwendig und sinnvoll.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Mich interessiert auch die Wirtschaftlichkeit. Sie behaupten nach wie vor, der Betrieb sei nicht wirtschaftlich möglich, aber Sie haben ihn nie ausgeschrieben. Und ist es nicht so, dass dieser BRK-Gegenvorschlag jetzt die Möglichkeit gibt, genau das zu tun und herauszufinden, ob es möglich ist, und deswegen ist er jedoch sinnvoll?

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Man hat bereits einmal 10 Millionen in das Gebäude gesteckt, man hat es über Jahre versucht. Aus unserer Sicht, aus der Vergangenheit heraus gehen wir davon aus, dass es nicht wirtschaftlich sein wird. Falls Sie das heute anders entscheiden, werden wir sehen, wie es in Zukunft ausschaut.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit gehen wir zu den Fraktionssprechenden über. Das erste Votum kommt von Pascal Messerli für die SVP.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion wird heute die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters unterstützen und den Gegenvorschlag ablehnen. Soll der Gegenvorschlag angenommen werden, werden wir den Antrag auf ein obligatorisches Referendum stellen. Zudem erlaube ich mir, direkt zu den Traktanden 5 und 6 zu sprechen, weil dies ja auch im engen Zusammenhang steht.

Die SVP-Fraktion hat bereits in der letzten Legislatur einen Grundsatzentscheid gefällt, dass wir für den Erhalt des Musical Theaters sind. Wir waren damals nicht einstimmig, wir sind es uns auch heute nicht, wir sind auch beim Gegenvorschlag nicht einstimmig. Der Anteil der Personen, welche sich aber gegen eine Schwimmhalle an diesem Standort ausspricht, der ist in den letzten Jahren gestiegen und dies hängt insbesondere damit zusammen, dass der Regierungsrat in den letzten Jahren wirklich nicht glaubhaft überzeugen konnte, dass der Standort für eine neue Schwimmhalle am Musical Theater der Beste und der Einzige ist. Im Gegenteil, es gebe sehr wohl andere Möglichkeiten, auch im Kleinbasel, wenn man jetzt den Standort St. Jakob-Park nicht will, dafür müsste man das Musical Theater nicht opfern.



Und hier muss man den Regierungsrat, nicht nur in der aktuellen Konstellation, sondern auch in früheren Konstellationen auch klar kritisieren. Meine Damen und Herren, seit über 20 Jahren, seit mehreren Jahrzehnten will doch die Bevölkerung ein Hallenbad und es kommt den ganzen Regierungen in unterschiedlichen Zusammensetzungen nichts Gescheiteres in den Sinn, als einen Standort zu wählen, der am stärksten auf Widerstand stösst. Selbst als in der letzten Legislatur ganz klar wurde, sowohl im Parlament als auch in der Bevölkerung, dass dieser Standort für ein Hallenbad alles andere als auf Gegenliebe stiess, beharrte der Regierungsrat auf diesen Standort, ohne einen Plan B zu suchen. Mit dieser Haltung hat der Regierungsrat zwei Dinge erreicht. Er hat die Rechtssicherheit beim Musical Theater verzögert und er hat die Planung einer Schwimmhalle verzögert. Meine Damen und Herren, das verdient nun wirklich die Note 1,0, komplett ungenügend.

Und Stichwort Unort, Frau Regierungsrätin Soland, da gebe ich Ihnen recht, die Regierung wäre herzlich eingeladen, das Thema Sicherheit in Kleinbasel schwerpunktartig aufzunehmen und in den Legislaturplan aufzunehmen, um dieses Thema auch mal wirklich anzugehen. Das hat aber nichts mit der Frage nach Hallenbad oder Musical Theater zu tun.

Deshalb beantragt die SVP-Fraktion, die Projektierung bei Traktandum 6 an den Regierungsrat zurückzuweisen. Und da muss man schon auch sagen mit dem Blick auf die Kreuztabelle, da hätte der Regierungsrat auch wirklich früher damit rechnen können.

Anders beurteilt die SVP-Fraktion die Zukunft des Musical Theaters. Wir sind hier sehr wohl der Auffassung, dass das Musical Theater eine Zukunft hat. Dass die Musicals in den letzten Jahren vielleicht weniger floriert haben, das mag sein, hängt aber auch damit zusammen mit der fehlenden Rechtssicherheit, aber sicherlich auch, dass in den Jahren 2020 bis 2022 die Covidpandemie auch dem Musical Theater einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. In Spitzenzeiten fanden im Musical Theater 150 Events jährlich statt und es ist auch in Zukunft möglich, dass man auf solche Zahlen kommen kann.

Dass Sanierungen notwendig sind, das bestreitet auch die SVP-Fraktion nicht. Es wäre aber auch schade, die gute Infrastruktur des Musical Theaters aufzugeben. Diese umfasst eine grosse Theaterbühne mit fixem Bühnenturm, mehreren Dutzend Bühnenzügen, eine geeignete Belichtungs- und Toninfrastruktur und bringt somit auch eine gute Akustik für 1'500 Personen. Die SVP-Fraktion ist hier auch überzeugt, dass eine gewisse Wertschöpfung für den Kanton geschaffen werden kann oder nach wie vor erhalten bleibt.

Nun stellt sich noch die Frage, ob Initiative oder Gegenvorschlag, was jetzt wirklich der Königsweg ist. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir hier die Initiative unterstützen sollten und das auch staatspolitisch der richtige Weg ist. Der Gegenvorschlag lehnen wir ab, aber wie gesagt, nicht einstimmig. Es wäre ja ohnehin so, dass der Regierungsrat dann bei einer Mehrheit in der Bevölkerung oder im Parlament, je nachdem, wie es heute auskommt, einen Ratschlag bringen muss, ob man jetzt dem Gegenvorschlag zustimmt oder der Initiative.

Und ob dann diese 15 Millionen reichen, das wissen wir nicht. Ich bin der Meinung, die BRK hat hier gut und sauber gearbeitet, aber auch die BRK als Milizkommission konnte hier nicht mehr als eine Pi-mal-Daumen-Rechnung machen. Es wäre hier wirklich auch die Aufgabe des Regierungsrates, hier dann einen neuen Ratschlag zu bringen und zu zeigen, in welche Richtung, dass es gehen könnte, und ich bin der Meinung, mit der Initiative hätte auch der Regierungsrat einen breiteren Handlungsspielraum.

Was man beim Gegenvorschlag schon auch etwas kritisieren muss und auch warnen muss, dass zu viele Begehrlichkeiten geweckt werden. Einerseits wollen wir eine kommerzielle Nutzung, wir wollen, dass es rentiert, dieses Musical Theater, andererseits wollen wir auch Raum lassen für nicht kommerzielle Nutzung. Diese Bedürfnisse stehen dann schon auch in einem gewissen Zielkonflikt und deshalb sind wir der Meinung, dass man hier die Initiative, das Original unterstützen soll. Mit dem Gegenvorschlag haben wir so eine Art Zwischending. Es ist nahe an der Initiative, aber doch nicht nahe zur Initiative. Der Kommissionssprecher hat vorhin gesagt, man könnte der Bevölkerung nicht eindeutig erklären, wo der Unterschied liegt. Ja, dann macht ja auch ein Gegenvorschlag nicht wirklich Sinn.

Zu guter Letzt noch zum obligatorischen Referendum. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Bevölkerung jetzt effektiv auch abstimmungsreif und abstimmungsbereit ist bei diesem Thema. Es ist ein zentrales Thema, welches über die letzten Jahre stark auch in der Bevölkerung diskutiert wurde und wir sind auch der Meinung, dass die Bevölkerung eine rationale Abwägung zwischen Kultur und Sport im Einzelfall machen kann. Und wenn man hier jetzt die Bevölkerung befragt, ist es sicherlich auch der richtige Weg. Es wird am Ende des Tages über Steuergelder hinauslaufen, ich denke, das ist unbestritten und dementsprechend ist es aber auch gut, wenn wir jetzt auch die Bevölkerung befragen, was die Menschen in Basel auch wirklich wollen. Deshalb stellen wir hier den Antrag auf das obligatorische Referendum, sofern der Gegenvorschlag sich gegenüber der Initiative heute durchsetzen wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.



*Silvia Schweizer (FDP):* Die FDP-Fraktion unterstützt den von der BRK erarbeiteten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» ausdrücklich. Dieser Vorschlag ist aus Sicht der FDP ein ausgewogener Kompromiss, der die Interessen von Kultur, Wirtschaft, Sport und Stadtentwicklung sinnvoll verbindet. Bereits vor drei Jahren hat die FDP eine Petition zum Erhalten des Musical Theaters lanciert. Über 1'000 Unterschriften kamen innert 80 Stunden zusammen, insgesamt über 1'500. Dieses beeindruckende Echo aus der Bevölkerung zeigt deutlich, das Musical Theater ist mehr als nur ein Veranstaltungsort, es ist identitätsstiftend für unsere Stadt. Das Theater ist funktionstüchtig, beliebt und vielseitig nutzbar, vom Musical bis zum Drummeli. Ein funktionierendes Theater durch ein neues Sportbad zu ersetzen, wäre ökologisch und ökonomisch unsinnig.

Der Gegenvorschlag vermeidet genau das. Statt eines etwas unglücklich formulierten Initiativtextes in Bezug auf das Kulturfördergesetz setzt der Gegenvorschlag klare Leitplanken. Sanierung durch den Kanton als Eigentümer, Übergabe im Baurecht an eine private Betreiberschaft und Nutzung als kultureller Veranstaltungsort ohne dauerhaft öffentliche Trägerschaft. Das ist liberal, wirtschaftlich tragfähig und entspricht dem Grundsatz, öffentliche Mittel mit Augenmass einzusetzen.

Die FDP lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab, weil der Gegenvorschlag bereits eine breit abgestützte, sachlich überzeugende Lösung darstellt. Ein obligatorisches Referendum ist unnötig, verursacht Verzögerungen, auch für die dringend notwendige Schwimmhalle, und schafft Rechtsunsicherheit. Entsprechend sagt die FDP-Fraktion Ja zum Gegenvorschlag und Nein zum unnötigen obligatorischen Referendum.

Wir bitten alle Fraktionen, diese pragmatische Lösung mitzutragen für eine starke Basler Kultur, für eine verantwortungsvolle Sport- und Stadtentwicklung und für eine Politik, die handelt statt verzögert.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Wittlin. Diese wird entgegengenommen.

*Stefan Wittlin (SP):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt, der Gegenvorschlag sei ein Kompromiss. Ich glaube, das alleine kann man schon in Frage stellen, aber Sie haben vor allem gesagt, dieser Kompromiss sei auch im Interesse des Sports. Können Sie mir das Interesse des Sports an diesem Kompromiss erklären?

*Silvia Schweizer (FDP):* Indem die BRK im nächsten Geschäft, wir haben ja das zusammen behandelt, ganz klar sagt, es muss dringend eine Schwimmhalle gefunden werden und es gibt Standorte dafür, Alternativen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Bessenich. Sie wird auch entgegengenommen.

*Salome Bessenich (SP):* Ja, wir haben das zusammen beraten. Ich glaube, ich habe auch schon vorher bei Pascal Messerli gehört, haben Sie gesagt, dass dann der Kanton mit den 15 Millionen das Musical Theater saniert? Weil ich habe es so verstanden, dass die 15 Millionen an den neuen Betreiber gehen sollen und dieser selber sanieren wird.

*Silvia Schweizer (FDP):* Ich habe das vielleicht so formuliert, aber es ist offen. Der neue Betreiber wird das sanieren, aber ich habe gesagt, der Kanton muss es als Eigentümer finanzieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

*Bülent Pekerman (GLP):* Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag der BRK zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» und lehnt den Antrag ab, diesem dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Wir beraten heute nicht nur über ein Gebäude, wir beraten über den Stellenwert der Kultur in unserer Stadt und über unsere Fähigkeit, nachhaltige und konsensfähige Lösungen zu finden, ohne Kultur gegen Sport auszuspielen.

Die BRK hat mit Sorgfalt und Augenmass gearbeitet. In insgesamt 17 Sitzungen hat sie das Geschäft intensiv beraten, begleitet von Anhörungen und einer Begehung des Musical Theaters. Das Resultat, ein Gegenvorschlag, der überzeugt. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch die Initiantinnen und Initianten, die gerade oben auf der Tribüne sind und bereits signalisiert haben, die Initiative zurückziehen zu wollen, falls heute der Gegenvorschlag angenommen würde.



Das Musical Theater soll erhalten bleiben. Nicht als Denkmal vergangener Zeiten, sondern als zukunftsfähiges Kultur- und Begegnungshaus, getragen durch eine private Betreiberschaft im Baurecht und mit einem Investitionsbeitrag des Kantons in der Höhe von 15 Millionen Franken. Wir sind überzeugt davon, dass das Musical Theater erhalten bleiben soll, weil es in Qualität und Funktionalität einzigartig ist, nicht nur in Basel, sondern schweizweit. Es bietet, wie schon auch bereits erwähnt, 1'500 Plätze, eine moderne Bühneninfrastruktur, einen Orchestergraben, Proberäume und einen voll ausgestatteten Backstagebereich. Das sind ideale Voraussetzungen für Gastspiele, Musikproduktionen und vielfältige kulturelle Anlässe. Und das Haus hat Geschichte. Es ist vertraut, identitätsstiftend und seit Jahrzehnten ein Ort, an dem Menschen aus Basel, der Region und weit darüber hinaus Kultur erleben. Selbsttragend und ohne staatliche Subventionen.

Warum soll hier kein Hallenbad entstehen? Wir sind der Meinung, dass der Standort baulich, betrieblich und energetisch ungeeignet ist, weil er zu eng, zu kompliziert und zu wenig entwicklungsfähig ist. Ein Einbau oder Neubau auf dem Areal des Musical Theaters wäre komplex, teuer und langfristig unflexibel. Dabei stehen mit dem Erlenmattplatz, St. Jakob oder dem Klybeckareal gut erschlossene Alternativen zur Verfügung. Orte, an denen ein Hallenbad funktional, effizient und ohne den Verlust eines bestehenden Kulturbetriebs realisiert werden kann. Als Kleinbasler würde ich es ausdrücklich begrüßen, wenn ein neuer Standort für ein Hallenbad in Kleinbasel gefunden würde, dort, wo der Bedarf ebenfalls gross ist.

Kurz zur Frage des obligatorischen Referendums noch. Die BRK hat in 17 Sitzungen sorgfältige und ausgewogene Arbeit geleistet. Dieses politische Engagement verdient Vertrauen und keine automatische Weiterleitung an die Urne. Ja, das Volk soll das letzte Wort haben, aber nicht in einer Konstellation, in der unnötig Kultur gegen Sport ausgespielt wird. Genau das droht bei einer Abstimmung über den Gegenvorschlag. In diesem Zusammenhang ist es richtig, die Vorprojektierung zum Hallenbad an diesem Standort im nächsten Traktandum zurückzuweisen. Damit schaffen wir Klarheit und vermeiden eine künstliche Konfrontation, die eigentlich niemand will. Und schliesslich, das fakultative Referendum steht allen offen, das wurde auch schon bereits gesagt. Wer wirklich gegen den Vorschlag des Parlaments ist, kann diesen demokratischen Weg gehen. Das haben wir auch schon erlebt, wie zuletzt etwa beim Standortförderungsgesetz. Ein obligatorisches Referendum erachten wir hier weder als notwendig noch als zielführend.

Kurz, die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der BRK und lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab. Beim nächsten Traktandum, der Vorprojektführung des Hallenbades am Standort des MCB, werden wir die Rückweisung an den Regierungsrat unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die Fraktion Mitte-EVP kommt Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Ich spreche zu den Traktanden 5 und 6, weil diese unmittelbar zusammenhängen.

Der Regierungsrat plante im Jahr 2022, das Gebäude des Musical Theaters in ein Hallenbad umzubauen. Basel-Stadt will und braucht ein neues Hallenbad, das ist unbestritten. Dass das Hallenbad das Musical Theater verdrängen soll, dagegen regte sich Widerstand in der Bevölkerung. Aber auch in der Branche der Musical- und Konzert-Veranstaltenden stiess das Vorhaben auf Unverständnis. Deshalb reichten Johannes Sieber und ich mehrere Vorstösse ein und es wurde eine Petition und eine Volksinitiative für den Erhalt des Musical Theaters eingereicht.

Im Musical Theater finden übrigens nicht nur Musicals, sondern auch Konzerte, Tanzshows, Comedy und andere Veranstaltungen statt. Einige Jahre fand auch das Drummeli dort statt. Die technischen und akustischen Voraussetzungen des Musical Theaters sind einmalig und auch die Saalgrösse mit 1'557 Sitzplätzen ist optimal. Es verfügt über eine grosse Bühne mit eingebauter Technik und einem Bühnenturm mit Zügen für Bühnenbilder und Technik, wie sie Musicals und teilweise auch andere Shows benötigen.

Bereits in meiner Interpellation im Jahr 2022 stellte ich den Standort Musical Theater für ein neues Hallenbad in Frage. Der Regierungsrat gab in seiner Interpellationsantwort zu, dass für Musical- und Show-Produktionen, die eine aufwendige Bühnen- und Technikinfrastruktur benötigen, sich nur das Musical Theater eignet. In anderen Hallen muss der Bühnenraum inklusive der Bühnentechnik jeweils individuell und temporär ein- und ausgebaut werden. Ein riesiger Aufwand. Das würde die Zeit für den Auf- und Abbau verlängern und die Produktionen verteuern. Dies wiederum würde sich auf die Ticketpreise niederschlagen.

Mit dem Ende des Musical Theaters würde eine wichtige Spielstätte in Basel wegfallen und grosse Musical-Produktionen könnten künftig nicht mehr in Basel aufgeführt werden. Sprich, die Leute müssen für diese Aufführungen nach Zürich reisen und das wollen wir nicht. Gerade diese Punkte sprechen doch deutlich für den Erhalt des Musical Theaters. Würde das Musical Theater abgerissen, müsste wohl in zehn Jahren eine neue Halle dieser Grösse gebaut werden.

Wie die BRK vorschlägt, soll das Musical Theater stehen bleiben. Die Konditionen für den zukünftigen Betrieb des Musical Theaters sollen marktfähig sein und die Liegenschaft im Baurecht an den Betreiber übergehen. Ich bin überzeugt, dass ein zukünftiger Betreiber des Musical Theaters dieses selbsttragend betreiben kann, auch wenn dies anspruchsvoll scheint.



Die Regierung schrieb in ihrem Ratschlag, eine Teilsanierung würde 20 bis 33 Millionen Franken kosten, eine langfristige Sanierung zusätzlich 38 bis 57 Millionen Franken, total also 58 bis 90 Millionen. Gemäss dem aktuellen Betreiber und den Initianten ist eine umfassende Sanierung für 58 bis 90 Millionen Franken aber nicht notwendig. Auch in der Machbarkeitsstudie von Dietziker steht, die Liegenschaft weist weder strukturell noch baulich oder gar technisch substantiell relevante Mängel auf, die einen weiteren Betrieb eines Musical Theaters verhindern würde.

Zum Hallenbad. Die Forderung nach einem neuen Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken besteht bereits seit den 1960er-Jahren. Basel hat angesichts seiner Grösse und Bevölkerungsdichte erwiesenermassen deutlich zu wenig gedeckte Wasserflächen. Insbesondere fehlt auch ein Schwimmbecken, welches für Wettkämpfe benutzt werden kann. Der Wunsch der Bevölkerung nach zusätzlichen Wasserflächen manifestierte sich auch in einer Volksinitiative und in mehreren politischen Vorstössen im Parlament. Das Bedürfnis der Bevölkerung und von Sportvereinen ist gross und politisch unbestritten. Gemäss dem Schwimmverein beider Basel braucht es aus Sicht des Leistungssports eine Schwimmhalle mit einem 50-Meter-Becken mit zehn Bahnen und ein 25 Meter Ein- und Ausschwimmbassin, um zu funktionieren.

Die Mitte-EVP-Fraktion ist der Meinung, dass es deshalb Sinn macht, den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dieser soll die von ihm schon gemachte Evaluation eines geeigneten Standorts für ein neues Hallenbad weiterführen. Wir sehen wie die BRK die von der Regierung vorevaluierten Standorte St. Jakob, Erlenmattplatz und Klybeck als gut geeignet. Falls das St. Jakob ausgewählt wird, soll es zwischen der St. Jakobshalle, der Eishalle und dem Departement für Sportbewegung und Gesundheit der Universität zu stehen kommen. Jedoch nicht auf dem auch evaluierten Parkplatz, denn dort müssten 71 Bäume gefällt und 300 Parkplätze abgebaut werden, was wir nicht gutheissen.

Und noch grösser gedacht, es könnten auch gut zwei Hallenbäder gebaut werden. Beispielsweise ein Hallenbad mit einem 50- und 25-Meter-Becken für den Schwimmleistungssport im St. Jakob und ein zweites Hallenbad mit 50- oder 25-Meter-Becken mit einem Sprungturm und mehreren Rutschbahnen im Klybeck. Das Klybeckareal wird ja bekanntlich in den nächsten Jahren teilweise neu überbaut. Dort ist es bestimmt möglich, eine Schwimmhalle zu bauen. Ja, am besten gleich zusammen mit einer neuen Kunsteisbahn, welche auch dringend benötigt wird. Durch den gemeinsamen Bau können Synergien genutzt werden. Die Abwärme der Eisherstellung der Kunsteisbahn könnte für die Beheizung der Schwimmhalle verwendet werden.

Auch die JSSK und BRK machten bereits 2022 in ihrer gemeinsamen Motion den Vorschlag einer Kombination von Schwimmhalle, Kunsteisbahn und allenfalls auch einer Publikumssporthalle. Ein Hallenbad im Klybeckareal oder auf dem Erlenmattplatz könnte zudem gut mit der Erstellung von Wohnungen verbunden werden. Also unten das Hallenbad und obendrauf könnte Wohnraum gebaut werden. Ergänzt soll das Hallenbad mit Mantelnutzungen, Werten wie Gastronomie, Fitnesscenter oder Kita. Solche Mehrnutzungen könnten nicht nur Synergien schaffen, sondern auch zur finanziellen Tragbarkeit beitragen.

Wie Sie aus den Medien bestimmt erfahren haben, wird das Komitee die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters zurückziehen, wenn wir heute dem BRK-Bericht zum Musical Theater zustimmen. Wenn ein Änderungsantrag für das obligatorische Referendum gestellt wird, lehnen wir diesen ab. Dieser Antrag wurde bereits in der BRK gestellt und deutlich abgelehnt.

Eine Volksabstimmung hat keinen Mehrwert, im Gegenteil, sie würde den Bau eines Hallenbads noch weiter verzögern und zudem dem Kanton, dem Initiativkomitee, einem sich zu bildenden Unterstützungskomitee und einem allfälligen Gegenkomitee, also auch uns Parteien, unnötigerweise viel Geld kosten. Wenn die Bevölkerung das Musical Theater abreißen will, könnte es immer noch ein Referendum ergreifen, so wie es kürzlich beim Standortpaket oder beim ESC-Kredit passierte. In diesen zwei Fällen beschlossen wir als Parlament auch kein obligatorisches Referendum. Bei einer Volksabstimmung würde ausserdem unnötigerweise die Konfrontation zwischen Sport und Kultur angeheizt. Ein Konflikt, den sowohl die Schwimmerinnen und Schwimmer als auch die Kulturschaffenden immer vermeiden wollten. Bei der Abstimmung könnte nämlich in der Bevölkerung die irriige Meinung aufkommen, mit der Unterstützung des Musical Theaters den Bau einer Schwimmhalle zu verunmöglichen.

Ich bitte Sie nun im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, dem BRK-Bericht mit dem Gegenvorschlag zum Erhalt des Musical Theaters zuzustimmen, den Änderungsantrag für ein obligatorisches Referendum abzulehnen und den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Diese wird entgegengenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Christoph Hochuli, Sie haben gesagt, mit einem obligatorischen Referendum würde der Bau des Hallenbads verzögert. Können Sie mir den Zeithorizont für die von Ihnen entworfenen Vorschlägen von zwei Schwimmhallen inklusive Kunsteisbahn noch erläutern? Wann würde denn das realisiert?



*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Das wüsste ich auch gerne, weiss ich nicht, aber der Regierungsrat wird das sicher gut projektieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Ich spreche für beide Traktanden, 5 und 6 ebenfalls.

Seit ich zum ersten Mal von dieser Idee des Schwimmbads im Musical Theater gehört habe, ist ein Bild in meinem Kopf entstanden, das ich Ihnen als lockeren Einstieg nicht ganz vorenthalten möchte. Es handelt sich quasi um eine Atlantis, also eine versunkene Stadt der berühmten Musical-Produktionen. Man taucht in diesem Hallenbad dem grossen Elefanten von Lion King entgegen oder dreht sich um das Haus von Mamma Mia und nimmt dann diese Cats-Leiter nicht in den Himmel, sondern wieder aus dem Becken hinaus. Das klingt vielleicht mystisch und spannend, ist für mich aber trotzdem kein Szenario für das Musical Theater.

Die Beratung der Musical Theater-Initiative und der damit zusammenhängenden Projektierung des Schwimmbads am Standort MTB, ich finde, das merkt man jetzt, die würde sehr sorgfältig diskutiert, auseinandergenommen, das zeigt auch das Votum der Regierung. Da sind sehr viele Gedanken hineingeflossen und ich kann unterstreichen, dass ich es eine schwierige Entscheidung und eine schwierige Thematik finde, weil zwei Bedürfnisse, die ganz klar bestehen, hier in diesem Masse bedingt jetzt miteinander diskutiert werden mussten.

Um es direkt vorwegzunehmen, viele in unserer Fraktion fanden diese Idee eines Schwimmbads beim Erlenmatt direkt beim MTB auf den ersten Blick auch bestechend. Es ist ja klar, es fehlen Schwimmflächen und Sportflächen im Allgemeinen in unserem Kanton. Ich denke mir immer wieder, wir müssten vermutlich einen Roche-Turm bauen und alle unsere Sportprojekte in diesem Gebäude vollenden können, damit wir alle diese Wünsche und Bedürfnisse rechtzeitig und möglichst schnell und in der Form, wie sie gewünscht werden, überhaupt umsetzen können.

Wir müssen aber diese Problematik der fehlenden Schwimmflächen lösen. Aus unserer Sicht müssen in diesem Zusammenhang aber auch das 50-Meter-Becken für den Spitzensport und die dringend benötigte Fläche für den Breitensport nicht unbedingt aneinander gekoppelt sein. Ich verstehe, dass das versucht wird, dass das ideal wäre, es hat sich aber auch gezeigt durch die Anhörung der Schwimmvereine, das für ihr Anliegen, nämlich das 50-Meter-Sportbecken, der Standort Kleinbasel nicht ausschlaggebend ist, vielleicht gar nicht ideal. Ich finde einfach das grundsätzlich wichtig, weil ich eben auch zu Traktandum 6 schon spreche und zur weiteren Schwimmflächenplanung.

Die Regierung hat neben dem Musical Theater andere vielversprechende Standorte im Kleinbasel aufzeigen können und für mich, auch wenn das jetzt von Frau Soland nochmal sehr klar betont wurde mit den Zahlen, die wir erhalten haben und bei jetzigem Stand der Projektionen, zeigt sich für mich kein diametraler, abweichender zeitlicher Aspekt in der Inbetriebnahme eines Hallenbads. Vielleicht wäre das so gewesen, wenn wir judihui dieser Idee direkt zugestimmt hätten und schon lange an einem anderen Punkt wären, aber beim jetzigen Punkt sehe ich nicht, wie diese Zahlen klarmachen, dass jetzt diese Inbetriebnahme so viel schneller noch möglich ist im Vergleich zu den anderen Optionen.

Wir müssen der Bevölkerung, und ich glaube, das ist so, auch klarmachen, egal, ob wir jetzt hier heute diesen Gegenvorschlag annehmen oder nicht, wie die Bevölkerung abstimmt oder nicht, ob die Regierung einen anderen Standort findet, und das möchte ich deswegen heute auch sagen, dieses Hallenbad, obwohl das eine riesengrosse Nachfrage hat, die wir teilen, das wird trotzdem nicht so schnell realisiert werden. Ich möchte auch, dass wir hier einfach irgendwo bei der Realität bleiben. Jegliches dieser Projekte ist ein riesengrosses Projekt, das bedarf einer sehr grossen Projektierung, einer sehr komplexen Planung und das wird leider einfach noch eine Zeit dauern und wir setzen uns natürlich dafür ein, dass wir das möglichst schnell realisieren können.

Dazu kommt für uns als Fraktion Grüne/jgb auch noch der ökologische Aspekt. Gerne möchten wir noch anregen, das ist jetzt lustigerweise schon geschehen, dass man in der Planung der Schwimmflächenentwicklung in der Stadt trotzdem diese Idee der Eisfläche miteinbeziehen soll. Ich bin auch sicher, mit diesem einen Hallenbad, wenn sich die Stadt weiterentwickelt, werden wir wieder an einen Punkt kommen, wo es wieder mal ein Hallenbad und eine Fläche braucht, und diese Kombination mit Eisflächen, das zeigen viele Projekte, die es auch schon gibt, die sind sehr viel effizienter bei diesen zwei sehr energielastigen Nutzungen und wir möchten das im Rahmen dieser Schwimmflächendiskussion auch noch hier einbringen. Der Umbau oder dann eben auch gar Abriss und Neubau eines Musical Theaters für dieses Schwimmbad ist aus unserer Sicht, für die Fraktion nicht ökologisch tragbar. Das überzeugt uns nicht und auch damit kommen wir zum Schluss, dass wir den Vorprojektierungskredit des Schwimmbads zurückweisen werden.

Jetzt zu dem Kulturraum Musical Theater, das ja auch jetzt den ersten Teil der Besprechung des Traktandums betrifft. Wir haben diesen Kulturraum, das MTB, der auch mit einer Initiative, die wurde gesammelt, also es hat hier eine Bevölkerung,



die diesen Kulturraum schätzt und ich sagen kann, es ist ein Kulturraum von grossem Wert, ob man jetzt Musicals mag oder nicht, das möchte ich gerne mal kurz dahin stellen. Wer schon einmal im Musical Theater an einer Produktion beteiligt war, also auf der Bühne stand, hinter der Bühne etwas realisieren wollte oder auch, wer vielleicht nicht an einem Musical, sondern an einem anderen Konzert oder an einer Aufführung war, der kann nicht zurückweisen, dass die Akustik, der Bühnenturm und die Infrastruktur, die dieses Gebäude bieten, überzeugend sind und einen grossen Wert haben. Ja, sie sind in die Zeit gekommen und sie brauchen eine Sanierung und dennoch sind sie von extrem hohem Wert und es ist nicht einfach ein Kulturraum, den man 1:1 vergleichen kann mit anderen Kulturräumen, die wir in dieser Stadt schon haben.

Man kann sich also über den Wert von Musicals als Kulturform uneinig sein. Das kann ich absolut verstehen, aber wir sind uns hier drin ganz oft über den Wert von speziell spezifischen Nutzungen nicht einig. Nicht alle finden alle Nutzungen, die wir unterstützen, die wir zur Verfügung stellen, wo wir Räume zur Verfügung stellen, gleich attraktiv und ich glaube, da werden wir uns auch nicht einig. Was man aber sagen kann, ist, dass Musicals, aber auch Tanz- und Percussion-Shows, die auf solchen Bühnen stattfinden, beliebt sind. Wir anerkennen, dass diese Wirtschaftlichkeit nicht gegeben war, glauben aber auch, dass es kurzfristig ist, das jetzt in dieser Zeit nur auf diesen einen Betreiber so zu ermöglichen und stehen daher dafür ein, dass man diese Chance nochmal nutzt, dass man diesen Punkt noch mal geht.

Ausserdem ist es eine zugängliche und mitreissende Form von Kultur und ich glaube, was da auch uns besonders sehr wichtig ist, ist, dass Kooperationen, wie solche mit der KulturLegi und andere, die wirklich eine Niederschwelligkeit ermöglichen, da auch noch wachsen müssen, dass das zugänglicher wird. Was für uns auch klar ist, ist, dass die Nutzung dieses Baus diverser und einladender werden muss, wenn ein Kulturraum an diesem Ort eine Chance haben soll. Für die Fraktion Grüne/jgb ist klar, dem Erlenturm mangelt es an Treffpunkten, Freiräumen und Grünflächen, insbesondere wenn die nicht einem Konsumzwang unterliegen, vor allem auch Indoor, bedeckt.

Wenn wir als Parlament also, wie das jetzt mit dem «Chrüzlistich» so aussieht, unser Vertrauen in diesen Kulturraum geben, dann ist es für uns als Fraktion Grüne/jgb ganz wichtig, dass man wirklich mit diesem Signal, dass man auch diese 15 Millionen zahlt für eine Investition, dass das als Begegnungs- und Kulturraum für die Bevölkerung des Quartiers zugänglich sein muss. Es ist eine Mischnutzung jetzt vorgesehen in diesem Gegenvorschlag und wir sind der Überzeugung, dass das möglich ist, aber es ist eben auch eine Bedingung aus unserer Sicht, dass man dieses Haus, so wie es jetzt ist, öffnet und ich glaube, es bietet wirklich auch genug Platz für genug Kreativität, um da den zukünftigen Betreibern Kooperationen zum Beispiel ans Herz zu legen mit Institutionen im Quartier, dass diese Öffnung auch wirklich stattfinden kann.

Für mich ist es relevant, wir als Grüne/jgb werden die Initiative nicht zur Annahme empfehlen wegen dem Gegenvorschlag und vor allem dem Argument des Kulturgesetzes, also dass dieser Unterschied gemacht wird. Wir sehen den Investitionsbeitrag von 15 Millionen Franken als hoch an. Es gibt auch einige in unserer Fraktion, die das eher als zu hoch ansehen, glauben aber, es ist jetzt quasi in dieser Situation mit den Bedingungen und Wünschen, die damit verknüpft sind, ein tragbares Entgegenkommen.

Abschliessend möchte ich noch zum obligatorischen Referendum Stellung nehmen. Wir werden diesen Antrag ablehnen, obwohl wir gut verstehen können, woher diese Überlegungen kommen. Wir sind der Überzeugung, dass der Grosse Rat als demokratisch legitimes Gremium einen solchen Entscheid treffen kann, insbesondere wenn wir ihn, wie es aussieht, mit einem grossen Mehr treffen. Bei anderen Entscheiden, es wurde schon gesagt, hätten wir auch für ein obligatorisches Referendum sein können. Für mich ist es vor allem wichtig, weil ich glaube, ein fakultatives Referendum, dann bildet sich ein klarer Widerstand mit einer klaren Gruppe, die sich ganz klar für eine Idee zentriert und wir haben nicht im Nachhinein ein Schwammiges. Vielleicht ist es auch ganz klar, weil Salome Bessenich dann sagt, sie möchte das Schwimmbad, aber vielleicht auch nicht, und dann haben wir vielleicht eine unklare Situation. Ich glaube, unsere Grundlagen mit dem fakultativen Referendum genügen.

In diesem Sinne ist das unsere Haltung. Wir werden dem Gegenvorschlag zustimmen, die Initiative zur Ablehnung empfehlen, den Antrag zum obligatorischen Referendum ablehnen und hoffen, dass wenn es jetzt nicht so kommt, wie wir das denken, dass nicht das Phantom des Musical Theaters dann in diesem Hallenbad sein Unwesen treibt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Salome Bessenich.

*Salome Bessenich (SP):* Wir haben schon einiges gehört über das Musical Theater. Auch meine Vorrednerin hat gelobt, wie schön diese Bühne, wie toll diese Akustik dort ist und ich will das auch gar nicht abstreiten. Das Musical Theater ist ein schönes Theater mit allem, was es braucht für grosse internationale kommerzielle Bühnenproduktionen, so weit sind wir einig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit alleine ist das Geschäft nicht erledigt und wir kommen nach Analyse aller Fragen und Aspekte zu einem anderen Schluss als Sie. Im Fokus stehen für uns dabei drei Punkte. Die fehlende Wirtschaftlichkeit, die Wirkung auf den Event-Markt Basel und die Möglichkeiten, die sich sonst bieten.



Erstens zur Wirtschaftlichkeit. Sie alle sagen, der Bedarf, der sei da. Aber wenn wir uns die Zahlen der letzten Jahre anschauen, dann wird es deutlich, die Nachfrage nach dieser so einzigartigen Bühne, die fehlt. An durchschnittlich gerade mal 80 Abenden pro Jahr öffnen sich die Türen, 80 Abende von 365. Und spricht es nicht Bände, dass der jetzige Betreiber ohne weitere Vorbehalte bereit war, frühzeitig von seinem Vertrag zurückzutreten? Das Musical Theater war wohl schon vor 30 Jahren überdimensioniert. Das ursprüngliche Projekt mit Phantom of die Opera scheiterte nach nur zwei Jahren und die Nachfrage, die ist seither nicht deutlich genug gestiegen. Wir sind nun mal weder London noch Paris und Achtung Blasphemie, wir sind halt auch nicht Zürich.

Schon vor 30 Jahren steckten wir 10 Millionen Staatsgelder in das Musical Theater, jetzt sollen es weitere 15 Millionen sein. Und dass diese mittelfristig nicht ausreichen werden, das ist allen in der BRK bewusst. Die zukünftige Betreiberin wird selbst auch noch mal Geld hineinstecken müssen, wenn auch vielleicht nicht ganz so viel, wie die Regierung ausgerechnet hatte. Da sind wir uns einig. Die Antwort der BRK auf diese Frage, es müsse nur der Baurechtszins stimmen. Man will also indirekt einen privaten und kommerziell betriebenen Kulturbetrieb subventionieren und das, ohne dass ein Nutzungskonzept vorliegt. Wenn wir ehrlich wären, dann würden wir eine Debatte darüber führen, ob wir in Basel ein zweites Stadttheater bräuchten und dann würden wir nicht über einmalige Millioneninvestitionen reden, sondern über regelmässige Staatsbeiträge. Und ich prophezeie Ihnen, diese Diskussion, die wird auch kommen.

Zweitens, was bedeutet das für andere Kultur- und Event-Stätten im Raum Basel, dass wir hier nun 15 Millionen sprechen wollen, dass eben hier ein möglichst niedriger Baurechtszins als indirekte Subvention die Nutzung des Musical Theaters attraktiver machen soll. Der Markt für solche grossen Veranstaltungsorte scheint mit der St. Jakobshalle, mit der Eventhalle in der Messe, mit dem Congress Center und dem Stadtcasino gesetzt. Wir haben es schon gehört, alle grösseren Veranstaltungsorte mit Ausnahme des Theater Basel hätten noch freie Kapazitäten. Das Stadtcasino beispielsweise laut Aussage des Regierungsberichts für rund 70 zusätzliche Belegtage. Wir haben vorher gehört, 80 Abende im Musical Theater, 70 freie Tage dort, 50 freie woanders, usw.

Die Antwort der BRK darauf, man könne ja die Nutzungen öffnen, eine Kultur- und Begegnungsstätte aus dem Musical Theater machen. Aber die Nutzungen, die wurden längst geöffnet. Seit Jahren finden neben Musicals auch Konzerte, Comedy und Vorfasnacht statt. Das wäre also nichts Neues. Und haben wir nicht gerade im Kleinbasel auch schon genügend Kultur- und Begegnungsstätten? Was ist mit dem Volkshaus, der Kaserne, dem Union, dem Hübse-Theater, den Quartiertreffs, dem neuen Tanzhaus auf dem Toni-Areal, geschweige denn mit all den anderen Veranstaltungsorten und Theatern in anderen Quartieren. Und spätestens das ist doch der Moment, an dem man sich auch fragen muss, ob es nicht auch andere sinnvolle Nutzungen für diese Halle gäbe.

Damit sind wir beim dritten Punkt. Wir von der SP-Fraktion, wir würden diese wunderschöne Halle gerne umnutzen, wir würden sie gerne wiederbeleben, wir würden sie gerne für die breite Bevölkerung zugänglicher machen. Und ja, wir sehen weiterhin grosses Potenzial in der Idee eines Schwimmbads. Ich glaube wirklich, wir müssen uns hier in diesem Moment nochmal alle die Ausgangslage vor Augen führen. Wir hätten die Chance, mitten im Kleinbasel, in einem der dichtesten Quartiere der Schweiz den Platz für ein 50-Meter-Schwimmbecken in einer historischen Industriehalle zu haben. Wir könnten das realisieren, das wäre doch grossartig. Der Ort ist ideal gelegen an einer Hauptverkehrsachse an der Grenze zwischen den Quartieren Matthäus, Erlenmatt, Horburg und Rosental, bestens erreichbar mit dem ÖV, mit dem Velo, mit dem Auto, sogar Parkplätze hat es mehr als genug mit der Messe direkt nebenan.

Das Schwimmbad würde sowohl die Anforderungen an nationale Wettkämpfe erfüllen und wäre gleichzeitig ideal gelegen für den Breitensport. Ich finde es traurig, die Regierung zeigt sich visionär, erkennt hier die Chance in einer Umnutzung, ein Schwimmbad täglich geöffnet von morgens bis abends und wir wollen stattdessen eine abgeschottete und unzugängliche Blackbox erhalten, die nur an wenigen Abenden die Türe öffnet. Mit dem Gegenvorschlag sichern wir ein Gebäude, ohne die Nutzung zu klären und verhindern gleichzeitig ein Projekt, für das ein konkreter Bedarf, ein realistisches Szenario und ein politischer Wille vorhanden gewesen wäre.

Aus diesen Gründen beantragen wir, nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Wir sind nicht überzeugt, aber wir sehen es auch pragmatisch. Wenn die Basler Bevölkerung das Musical Theater erhalten will, dann soll sie das auch kriegen. Darum beantragen wir, dass wir den Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum unterstellen und der Bevölkerung diesen Entscheid überlassen.

Sie haben es schon gehört, der Gegenvorschlag erfüllt die Forderung der Initiative vollumfänglich. Es regelt es nur in einem Beschluss statt im Gesetz. Die Initiative wird dann auch zurückgezogen werden, wodurch die Bevölkerung eben keine Gelegenheit haben wird, hier mitzubestimmen. Und ehrlicherweise haben wir teilweise sogar das Gefühl, dass genau das der Zweck des Gegenvorschlags ist, nämlich eine Volksabstimmung zu verhindern. Das ist für uns unbegreiflich und wenn die Meinungen in der Bevölkerung nur teilweise etwa so sind, wie die Meinungen hier drin, dann sollte diese Abstimmung auch wirklich ein Selbstläufer sein. Wir sind auch überzeugt, die Bevölkerung will sich äussern zu der Frage Schwimmbad oder Musical Theater. Wir wünschen uns auch eine Volksabstimmung, weil ein Volksentscheid ein für alle Mal Klarheit bringen würde, denn es ist und bleibt ein Novum, dass hier eine private und kommerziell betriebene Kulturinstitution mittels Initiative



erhalten und subventioniert werden soll. Es würde uns auch Klarheit bringen dafür, wenn in einem Jahr oder fünf oder zehn Jahren weitere Investitionen nötig sind.

Wie gesagt, wir kommen nach Untersuchung aller Aspekte zum Schluss, dass weitere Investitionen hier nicht sinnvoll sind. Wir kommen zum Schluss, dass die Nachfrage schlicht zu gering ist, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist und dass andere Event-Locations genügend freie Kapazitäten hätten. Wir kommen zum Schluss, dass wir in diesem Fall diese wunderschöne grosse Halle anders nutzen könnten, besser nutzen könnten, für die breite Bevölkerung öffnen und endlich ein Schwimmbad bauen könnten. Wir sehen darin eine grosse Chance, gerade auch für das umliegende Quartier. Wenn aber die Bevölkerung das anders sieht, dann ist das selbstverständlich total in Ordnung. Dann stecken wir 15 Millionen da rein und dann haben wir eben auch eine Haltung, wenn weitere Investitionen anfallen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie unseren Antrag auf das obligatorische Referendum unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Sieber und Herrn Amiet. Sie werden beide entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Ist es nicht so, dass der Kanton Basel-Stadt einen Betreibervertrag von der MCH Group übernommen hat und ihn deswegen nicht transparent machen kann und dass dieser Betreibervertrag Ihre Berechnungsgrundlage für die Nichtwirtschaftlichkeit ist und Ihre Regierungsrätin nie versucht hat, das Musical Theater auszuschreiben zu einem Betrag, der vielleicht eben wirtschaftlich wäre für den Kanton?

*Salome Bessenich (SP):* Für mich spielt gar nicht der Mietvertrag die zentrale Rolle, sondern die Anzahl Spielabende, die einfach seit über 15 Jahren am Zurückgehen ist und daraus schliesse ich, dass die Nachfrage nicht genügend hoch ist. Und die Wirtschaftlichkeit, da habe ich genauso wenig Einblick wie Sie in die Bücher des Betreibers.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Frau Bessenich, habe ich auf ihrem wunderschönen Bild richtig gezählt, dass da 12 mutmassliche Eintrittszahlen der Besucher drauf sind im Vergleich zu den über 1000, die ins Musical Theater gehen?

*Salome Bessenich (SP):* Das Bild ist nicht von mir, das Bild ist eine Visualisierung der Regierung und ich sage mal, das war ein sonniger Tag, an dem die Badi schon offen hat.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Danke für die Annahme. Wie erklären Sie sich, dass eine private Betriebsgesellschaft das Musical Theater über so lange Zeit betrieben hat, ohne dass es rentabel betrieben wurde, wie Sie behaupten?

*Salome Bessenich (SP):* Die Frage ist ja nicht, was die letzten Jahre war. Die Frage ist, ob wir jetzt bereit sind, weitere 15 Millionen da hineinzustecken und da ist es eben relevant, wie intensiv es genutzt wird und da habe ich eben ein Fragezeichen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Als ich zuerst davon gehört habe, dass es eine Schwimmhalle geben soll beim Musical Theater, da fand ich eigentlich, ja, warum nicht. Das Gebäude wird offenbar nicht mehr wirklich genutzt, hat die Regierung gesagt, das Musical Theater hat keine Zukunft und ein Hallenbad fürs Kleinbasel, das wäre doch wirklich etwas und das Bild, das Salome Bessenich gezeigt hat mit dem schönen Dach, warum nicht.



Nur ist die Ausgangslage leider eine andere. Das Musical Theater wird weiter genutzt, es ist sehr beliebt. Es gibt, und das finde ich das wichtige, eine Ausgangslage, eine bauliche Ausgangslage, die auch eine super Grundlage ist für die weitere intensivere Nutzung. Das haben ganz viele Vorsprechenden von mir ausgeführt, deshalb nur die Kurzfassung. Wir haben den Bühnenturm mit einer guten Ausgangslage, wir haben Lichttechnik, Toninstallationen, die man mehr oder weniger einfach so anstöpseln und starten kann. Das ist eine Ausgangslage, die die meisten anderen alternativen Orte nicht bieten, also beispielsweise die Eventhalle bei der Messe, usw., da können Sie das nicht machen. Das heisst, gerade für kleinere Produktionen, für kleinere Vereine, Organisationen, Anbietende aus der Stadt, die jetzt nicht so enorm viel Geld haben, um dann noch ganz viel Geld in die Technik zu stecken, ist eben das Musical Theater eine ausgezeichnete Ausgangslage. Es ist also sehr gut möglich, das mehr zu nutzen, intensiver zu nutzen und da kommt natürlich auch der Preis ins Spiel. Man müsste dann natürlich für diese nichtkommerziellen oder kleineren Anbietenden entsprechend mit dem Preis runterkommen. Diese Möglichkeit besteht, das im Baurechtsvertrag festzuschreiben, dass auch solche Nutzungen Platz haben müssen und das im Preis einberechnen.

Für alle jene, die jetzt Angst haben, dass es, wenn wir das hier nicht annehmen, Ewigkeiten geht, bis die Schwimmhalle kommt, ja, ein bisschen teile ich diese Sorgen. Ich teile aber die Hoffnung, dass es mit dieser Lösung jetzt schnell geht, nicht. Vielleicht ist das auch ein bisschen meine Erfahrung mit der BRK und der Diskussion, die wir da haben. Wir hatten zig Geschäfte, bei denen es hiess, wir müssen das jetzt ganz schnell durchbesprechen, nein, wir können da nicht mehr weiter in die Tiefe gehen, wir müssen das jetzt beschliessen, weil das jetzt gebaut werden muss. Das letzte in diesem Zusammenhang war das mit den Rostbalken bei der Post, das gerade jetzt abgerissen und neu gebaut wird. Seither ist nichts passiert. Wir kennen auch die Verzögerungen bei den Museen, usw. Diese haben alle ihre Gründe, aber dass es jetzt in einem Gebäude, in einem historischen Gebäude, das auch noch im Inventar der schützenswerten Ortsbilder drin ist, plötzlich so schnell gehen soll, da habe ich doch meine Zweifel.

Noch zum obligatorischen Referendum. Ich habe kein Problem mit dieser Abstimmung, wir können das gerne machen. Ich denke, es ist auch nicht wirklich ein kompliziertes Thema. Das können wir der Bevölkerung sehr gut erklären, warum es geht bzw. sie hat das schon längst begriffen. Die Initiative wurde eingereicht, aber ich verstehe echt nicht, warum man hier für einmalig 15 Millionen Franken ein obligatorisches Referendum machen will, aber für 500 Millionen Franken jedes Jahr, ohne Einsicht, ohne Möglichkeit, im Grossen Rat das zu wenden, da kam kein Antrag von der SP, das dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Deshalb, ich finde das schon ein bisschen ein Ungleichgewicht und wir lehnen das hier deshalb ab. Aber wenn das kommt oder das Referendum ergriffen wird, dann wird das gut. Das wird eine gute Abstimmung, eine gute Diskussion. Ich liege in der Zeit, ich sage meine zehn Sätze zur Schwimmhalle beim nächsten Geschäft.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich unterbreche hier die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr weiter mit diesem Geschäft.

## **Schluss der 16. Sitzung**

12:02 Uhr